

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 81.

Dienstag, den 8. April 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Ein Attentat auf das deutsche Volk!

Am kommenden Sonnabend soll die Bevölkerung Lübeds ihre Antwort geben auf den perfiden Plan, dem Moloch Militarismus neue ungläubliche Opfer in den unerfülllichen Rachen zu werfen. Es gilt für alle denkenden Männer und Frauen, flammenden Protest zu erheben gegen die infame Absicht, Deutschland zu einer einzigen großen Kaserne umzugestalten.

Das Verlangen unserer Militaristen und Kriegstreiber, den hunderttausenden Soldaten des stehenden Heeres neue 163000 Mann hinzuzufügen, ist so absurd und grotesk, daß wohl niemand vor Veröffentlichung der Heeresvorlagen an die Wahrheit dieser wahnwitzigen Forderung geglaubt hätte.

Arbeiter! Haltet Euch vor Augen, daß die ungezählten Millionen, die der Rüstungstaumel fordert, die Erfüllung dringend notwendiger Kulturaufgaben in nebelhafte Ferne rücken. Stets noch haben die Herrschenden verjagt, wenn es sich um Bewilligung von Forderungen handelte, die der kulturellen Hebung der Volksmassen dienen sollten; dem menschenmordenden Militarismus aber wollen Eure Unterdrücker in wenigen Jahren neue tausende Millionen Mark opfern.

Frauen! An Euch ist es, gemeinsam mit den Männern Eure Stimme erschallen zu lassen zum Protest gegen Rüstungswahn und Kriegstreiberei! Eure Söhne, die Ihr unter Schmerzen geboren habt, sind es, die auf den Schlachtfeldern ihren Leib den Kugeln entgegenstellen müssen! Eure Söhne sind es, deren Knochen im Falle eines Krieges auf den Schlachtfeldern bleichen!

Männer und Frauen! Zeigt durch Euren Massenprotest am kommenden Sonnabend, wie Ihr über die Akteure des Rüstungs- und Kriegsspiels urteilt! Euer Urteil kann nur sein:

Gegen den menschenmordenden Militarismus!  
Gegen die Kriegsfanatiker!  
Gegen die Unkultur des Militärregiments!  
Für Frieden, Volksfreiheit und Kultur!

## Die Volkswehr.

II. Das Wesen unserer Forderung.

Der Kampf der Sozialdemokratie gegen den Militarismus trägt denselben Charakter wie ihr Kampf gegen andre kapitalistische Erscheinungen. Sie steht dem Kapitalismus nicht einfach feindlich-ablehnend gegenüber als etwas Grundverehrtes, das gar nicht hätte sein sollen. Sie stellt sich auf den Boden des Kapitalismus, akzeptiert alles, was an ihm fortschrittlich ist, und will die Entwicklung bloß noch weiterführen. Sie anerkennt die hohe Bedeutung des Kapitalismus, der die Menschen zur Selbstständigkeit und zu eigener Kraft, die Produktion zur höchsten Leistungsfähigkeit erhoben hat. Sie will darauf weiter bauen; in ihrem Programm bringt sie um Ausdruck, wie durch die Klassenherrschaft und die Ausbeutung der Kapitalismus nur ein Uebergangszustand zur völligen Freiheit und Selbstständigkeit sein kann. Daher muß sie die andere Seite des Kapitalismus, seinen Herrschafts- und Ausbeutungscharakter, kritisieren und dagegen die ausgebeuteten Massen mobil machen. Aber mit großer Energie muß sie alle reaktionären Versuche bekämpfen, die darauf ausgehen, zwecks Erhaltung dieser Unterdrückung gerade das aufzuheben, was als fortschrittliches Element die wichtigste Grundlage und das historische Verdienst des Kapitalismus bildet.

Dieser allgemeine Standpunkt bestimmt auch die Stellung der Sozialdemokratie zum Militarismus. Sie steht in der Entfesselung aller persönlichen Kräfte den Fortschritt, den die bürgerliche Gesellschaft brachte; sie weiß es und hebt als Tatsache hervor, daß in dieser persönlichen Aufregung und Energie ein Fundament des Kapitalismus liegt. Sie kritisiert das Ziel der kapitalistischen Kriege und lehnt alle Verantwortung für die Bewilligung der Mittel ab, wenn sie auch sehr

gut weiß, daß sie als Minderheit damit vorläufig die Kriege nicht unmöglich macht. Und sie kämpft mit aller Macht die militaristischen Formen und Institutionen, die durch schwerere Bedrückung der Soldaten ihre Selbstständigkeit zu brechen suchen. Weil diese Kritik nicht einfach negierend ist, sondern sich auf dem Boden der kapitalistischen Wirklichkeit stellt, weil sie ihre volle Wucht gegen den reaktionären Charakter des Militarismus richtet, und ihm gegenüber die Elemente des Fortschritts im Kapitalismus hervorhebt, deshalb muß sie die Form eines geschlossenen Systems, einer positiven Augenblicksforderung, annehmen, die wir an die Stelle des Militarismus stellen wollen. Diese Augenblicksforderung, die in positiver systematischer Weise unsere Kritik des kapitalistischen Militarismus verkörpert, ist die Forderung der Volkswehr.

Diese Forderung ist also nicht irgendeine willkürliche Konstruktion, die dazu dienen soll, eine militärische Organisation auszuklügeln, die gleichzeitig militärisch und demokratisch ist. Die Sozialdemokratie kennt keine derartigen Konstruktionen, die eine schön ausgedachte Phantasie an die Stelle der heutzutage Wirklichkeit stellen wollen. Die Volkswehr ist die positive Zusammenfassung unserer Kritik an der vorhandenen kapitalistisch-reaktionären Heeresorganisation; daher kann sie auch nicht in dem dogmatisch feststehenden Projekt einer sofort durchführbaren andern Organisation bestehen, sondern sie besteht in der Aufstellung einiger Prinzipien, die den volkstümlichen Zügen des Militarismus entgegengestellt werden. Die kurze Dienstzeit, die nicht länger dauern soll, als zur Erlernung des Waffengebrauchs und des organisierten Auftretens nötig ist, ist die Negation des zwecklosen Paradezugs; die Forderung der Verfügbarmachung der Landwehr- und Reservevoldaten über sein Gewehr bildet die Kritik der beabsichtigten Verwendung der Armee gegen das Volk; die Aufhebung der besonderen Militärgerichtsbarkeit soll den Soldaten zum Bürger, mit dem Bewußtsein der ihm zustehenden Bürgerrechte machen; die Forderung der Wahl der Führer, soweit sie nicht technische Spezialisten sein müssen, bringt in der schärfsten Weise die heutige Klassentrennung zwischen Soldaten und Offizieren zum Ausdruck, während in der Forderung der Vorbildung der Jugendlichen, die für die Erhaltung der nötigen körperlichen Gewandtheit dienen soll, eine Kritik der Kaserne liegt, die durch einen Drill mit Mißhandlungen und Strafen das Ziel der Kriegstüchtigkeit erreichen will.

Die Volkswehrforderung ist daher weder eine Kopie des aus urbäuerlichen Verhältnissen überkommenen Schweizer Systems, noch eine Darstellung des militärischen Systems, das wir im Zukunftsstaat verwirklichen wollen. Sie steht mit beiden Füßen in der kapitalistischen Wirklichkeit. Sie bildet den konsequentesten Ausdruck der gewaltigen neuen Kraft, des großen Fortschritts, den der Kapitalismus gebracht hat, aber ohne die Gegenseite, die den niederdrückenden ausbeutenden Herrschaftscharakter des Kapitalismus verkörpert.

Scheinbar liegt ein Widerspruch darin, daß die Partei, die jeden Krieg beseitigen will, eine bestimmte Heeresorganisation verteidigt mit Einzelforderungen, die den Schein erwecken, als schwärme sie für den Krieg mit andern Staaten; und ein noch größerer Widerspruch scheint darin zu liegen, daß sie, die die bestehende Ordnung aufs tiefste haßt und bekämpft, ihre Milizforderung mit dem Argument verfährt, daß diese die Kriegstüchtigkeit der Armee, also ihre Brauchbarkeit für kapitalistische Zwecke erheblich steigert. In Wirklichkeit liegt hier so wenig ein Widerspruch vor, wie in dem ganzen Wesen der Sozialdemokratie, die völlig auf dem Boden der heutigen Wirklichkeit steht und doch zugleich diese Wirklichkeit bekämpft und überwindet.

Wenn wir mit Recht darauf hinweisen, wie der Paradezug, die lange Dienstzeit, das Einpaucken des mechanischen Gehorsams den kriegerischen Wert der Armee herabsetzen, so tun wir das nicht aus Liebe zum Kapitalismus. Wir brandmarken dort das zweckwidrige Vorgehen der herrschenden Klasse, die aus Angst vor dem Proletariat aus den Soldaten die innere Kraft auszutreiben sucht, die sie selbst für den Kampf mit den Konkurrenten braucht. Wir treten da auf als Vertreter der Arbeiterklasse, die, wie unter aller Reaktion, auch unter den Schikanierungen und Mißhandlungen in der Kaserne schwer zu leiden hat. Der Fall liegt ähnlich wie in der Fabrik, wo der Kapitalismus durch die lange Arbeitszeit, Herunterdrückung des Lohnes und durch Versuche, die Arbeiter zu unselbständigen demütigen Leuten herabzudrücken, gerade die Quellen der Ueberlegenheit kapitalistischer Arbeit über frühere Produktionsformen zu verschütten droht. Dann ist der Gewerkschaftsbeamte, der das Interesse der Arbeiter an freier Zeit, genügender Entlohnung, Bewegungsfreiheit und Selbstbestimmung der Arbeiter gegen die beschränkten Unternehmern verfehlt, völlig im Rechte, wenn er darauf hinweist, daß dies alles auch im Interesse der hochent-

wickelten kapitalistischen Industrie notwendig ist, ohne daß er damit zu einem Verteidiger des Kapitalismus wird. So darf auch der sozialistische Politiker im Namen der fortschrittlichen Seite des Kapitalismus reden, wenn er kritisiert, wie der reaktionäre Kapitalismus aus Angst vor dem Fortschritt die Tüchtigkeit seines eigenen Menschenmaterials verdirbt.

Natürlich können wir mit unserer Kritik und unserer Forderung das bestehende System nicht über den Haufen werfen. Wie jede unserer Augenblicksforderungen wäre auch diese technisch-ökonomisch ganz gut zu verwirklichen, aber sie scheitert an der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, deren Existenz dadurch gefährdet würde. Die reaktionären Auswüchse des Militarismus sind teilweise eine direkte Folge des Auftretens und des Wachstums der sozialdemokratischen Gesinnung; gäbe es keine Sozialdemokratie und würde die Bevölkerungsmasse widerstandslos den niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus unterliegen, so müßte umgekehrt die Militärführung alles versuchen, die Selbstständigkeit und das Selbstbewußtsein der Soldaten zu heben. In dem Maße aber, wie die Sozialdemokratie den Geist der Massen zu Selbstständigkeit, Kühnheit und Initiative erzieht, muß die herrschende Klasse einen schweren Druck von oben ausüben, um sich einigermaßen sicher zu fühlen. So ergibt sich das merkwürdige Resultat, daß der wichtigste Faktor der Kriegstüchtigkeit, die selbständige Initiative jedes Soldaten, zwar nicht aus der Kritik — auf die nicht gehört wird — aber doch aus dem Wirken der Sozialdemokratie stammt. Die Selbstständigkeit jedes einzelnen, die dem Kapitalismus zugute kommt, die ihm allerdings schließlich auch den Untergang bringt, können die unterdrückten Massen nur im Kampfe gegen den Kapitalismus in sich selbst entwickeln und ausbilden. Man sieht: die Sozialdemokratie erreicht das, was sie durch die Miliz erzielen will, auch wirklich, trotz des Militarismus, eben durch ihre ganze positive Tätigkeit, in der die Verfechtung dieser Forderung, die die Massen auftritt, eine wichtige Stelle einnimmt. Außerlich freilich übt der militärische Druck seine Wirkung aus; aber gerade der sozialistische Geist der Soldaten bringt es mit sich, daß sie sich äußerlich fügen und sich aus ihrem Inneren ihre selbständige Kraft nicht austreiben lassen.

## Der „große Tag“.

Ein großer Tag sollte es werden. Man wußte, daß die allgemeine Erörterung der Wehr- und Deckungsvorlagen gestern mit einer Rede des Kanzlers beginnen würde, und Herr v. Bethmann-Hollweg hatte ja auch tiefgründige Betrachtungen der internationalen Politik schon vor einigen Tagen in Aussicht gestellt. Den äußeren Anschein des weltgeschichtlichen Ereignisses bot freilich der Anblick des Saales und der dichtgedrängten Tribünen. Sogar die Hofloge wies einen reichen Besuch auf, und in den Tribünen der Diplomaten, des Bundesrats und der Abgeordneten wechselten die elegantesten Frühjahrs Toiletten der Damen mit blendenden Uniformen ab. Ob aber der vornehme Besuch auf seine Rechnung gekommen ist und die erhoffte Sensation erhalten hat? Herr v. Bethmann-Hollweg ist sicherlich kein glänzender Tenor, und es ist fast zu fürchten, daß er sein Publikum enttäuscht hat. . . .

Was man von ihm erwarten durfte, war zum mindesten eine einigermaßen ausreichende Ergänzung der überaus dürftigen Gründe, die seine Vorlage zugunsten der Heeresvermehrung anführt. Aber die Argumente, die er gebracht hat, in der unsicheren und fast ängstlichen Beredsamkeit, die sein politisches Denken zugleich charakterisiert, diese Argumente sind von einer so trivialen Gleichgültigkeit, daß sie dem spießigsten Bierbankdebatte vertraut vorkommen werden. Allgemeine Redensarten über die Verschiebung der militärpolitischen Situation in Europa durch den letzten Balkankrieg, unerhört ungenaue und falsche Deduktionen über einen Gegensatz zwischen Slaventum und Germanentum, schließlich die Märchen von dem allmächtigen französischen Chauvinismus; das ist der Inhalt seiner Rede. Denn die paar konventionellen Bemerkungen über die friedlichen Absichten Deutschlands, über die Ablehnung jeglichen Wettstreits, wollen gewiß nichts bejagen. Der einzige Punkt von allgemeinem Interesse und von großer Bedeutung, den der Kanzler berührt hat, war die Anregung, die der englische Minister Churchill über eine Rüstungsverständigung gegeben hat, und hier blieb der Kanzler, der doch eben noch die Vortrefflichkeit unserer Beziehungen zu England, zu Frankreich, zu Rußland hervorgehoben hatte, stumm. Er antwortete nicht mit irgend einem Wort offenerherzigen Entgegenkommens, erklärte vielmehr nur, daß man die konkreteren Vorschläge der englischen Regierung abwarten müsse.

War es bloß Subordination, daß der Kriegsminister, der die technischen Einzelheiten der Vorlage begründen sollte, sich Mühe gab, seinen Vorgesetzten nicht in den Schat-

ten zu stellen, oder begnügte er sich mit einer geradezu überausgehenden Kürze, weil er von vornherein weiß, daß die bürgerlichen Parteien ja doch den Forderungen zustimmen werden? Die Fortschrittler werden vielleicht heute ihre Enttäuschung über soviel Zurückhaltung äußern, aber schließlich braucht sich die Regierung nicht in Unkosten zu stürzen, um noch besonders das Dekorum zu wahren, wenn sie ohnehin keine bürgerliche Opposition zu vermuten braucht.

Von der Unbestimmtheit und Phrasenhaftigkeit der Reden, die von der Ministerbank gehalten wurden, hob sich überaus wirkungsvoll ab die präzise Schärfe der Darlegungen des ersten Redners aus dem Hause, des Genossen Haase, der die Ablehnung der Vorlage im Namen der sozialdemokratischen Fraktion vertrat. Unter Redner stellte zunächst die unzulässige Armut der Begründung fest und schloß daran eine eingehende und überlegene Kritik der Scheinargumente, die der Kanzler mündlich vorgetragen hatte. Die dilettantenhaften Bemerkungen über die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen der slawischen und der germanischen Welt, die phantastischen Übertreibungen des Genossens, den der französische Chauvinismus hat, zerstreute er durch eine sachverständige und überzeugende Darlegung der wirklichen Tatsachen, und namentlich durch den Hinweis auf die mächtige Aktion, den der französische Sozialismus entfaltet. Und dem Kanzler, der aus einer Veränderung der politischen Karte Europas mechanische militärische Konsequenzen zieht, gab er die bessere, die politische Lehre, daß die selbstverständlichere und wirksamere Folgerung ein kühnes Verhalten der deutschen Diplomatie sein muß. Der sozialdemokratische Redner vertrat so die Politik der Verständigung unter den Nationen gegen den imperialistischen Ehrgeiz der Eroberungen, der die ernsteste Ursache dieser Rüstung ist. Die Verteidigung der Grenzen kann nicht durch ein Verstricken gesichert werden. Die Wehr, die freie Volkswirtschaft ist in diesem Sinne die gegebene Organisation, deren Leistungsfähigkeit Haase an den Zeugnissen der Geschichte, vormalig aus dem Jahre 1813, beweisen konnte. Die Rede, die im ganzen Jahre mit großer Aufmerksamkeit angehört war, erweckte bei unseren Freunden den lebhaftesten Beifall.

Nach ihm sprach für das Zentrum Herr Dr. Spahn. Der kluge Führer der Partei, die sich ausschließlich durch allzeitige Opposition gegen die Vorlage etwas sehr kompromittiert hat, verlor die Möglichkeit vorzüglich zu reden. Aber seine Ankündigung, daß man sehen würde, was aus den Kommissionsberatungen hervorgehen wird, blieb nicht mißverständlich. Man weiß, was das zu besagen hat, und schließlich ist an dem Ende jeder solcher Gedankengänge nicht zu zweifeln, nachdem Herr Dr. Spahn jetzt schon seine Argumente zugunsten der Vorlage nahezu wörtlich einer Broschüre des — Wehrvereins entnommen hat!

Den Abluß bildeten die Herren v. Liebert und Schrens, von denen man nicht erst zu sagen braucht, daß sie für jede Rüstung Feuer und Flamme sind. Ein allzu unerschütterlicher Angriff, den der Reichsverbandsgeneral in seiner Rede gegen unseren Genossen Wendel wagte, brachte ihm von unserem Freund die verdiente Abfertigung.

In der heutigen Debatte wird Genosse Scheidemann für unsere Fraktion sprechen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Ein fortschrittliches Sparprogramm.

Im „Berliner Tageblatt“ heißt dessen militärischer Mitarbeiter Major a. D. Morath eine Reihe von Positionen aus der Militärverlage zusammen, die teilweise ganz gestrichen, teilweise ganz erheblich eingespart werden können. Insgesamt rechnet er dabei eine Ersparnis für die nächsten drei Jahre von zusammen 22 Millionen Mark heraus. Was hier im „Berliner Tageblatt“ empfohlen wird, ist, soweit es gut ist, von den Sozialdemokraten schon immer bei der Beratung des Militäretats zu freiden beauftragt worden, allerdings fanden sie dabei in der Regel nicht einmal die Anerkennung der Fortschrittler. Eine Anzahl Einsparungen sind aber so bedenklicher Art, daß man sich fragen muß, ob nicht schließlich statt der Ersparnis eine Mehrausgabe herauskommt. Gegen die Landwehr-Inspektionen haben sich die Sozialdemokraten immer gewendet, denn es ist ganz richtig, daß die Schlagfertigkeit des Heeres durch diese Stelle nicht erhöht wird, sondern es ist nur darum dreht, eine Anzahl Generale, die man nicht pensionieren will, in gut bezahlte etatsmäßige Stellen zu bringen, genau so wie die Sozialdemokraten auch seit Jahren den Unfug bekämpfen, daß in offener See Kommandanten unterhalten werden. Die Adjutanten des Kaisers und der deutschen Fürsten sind seit Jahren immer der Gegenstand sozialdemokratischer Kritik gewesen, nicht minder die Stelle eines Militär-Attaches in London. Über die Fortschrittler haben noch immer alle diese Stellen bewirkt. Dagegen ist es höchst bedenklich, die Kommandanten anstatt in Kasernen in Bellblach-Saraden unterbringen zu wollen. Nach der Auffassung des Reichs Morath würde damit bei der neuen Militärverlage eine Ersparnis von 6.490.000 Mark erzielt. Für den Augenblick wäre allerdings eine Ersparnis zu erzielen, es fragt sich nur, ob man es verantworten kann, die Soldaten, Söhne des Volkes, in Bellblach-Saraden dauernd unterzubringen. Insbesondere in sonderbar finstern diese Bellblach-Saraden nicht gerade ein Ideal dar, und es unterliegt keinem Zweifel, daß schon in ganz kurzer Zeit die Forderung nach dem Bau von Kasernen sich erheben würde und dann könnten diese Bellblach-Saraden zusammengekauft werden einem militärischen Lagerraum ein bequemes Dasein führen, bis sie schließlich, vom Kost zu retten, als Abmaterial verkauft werden müssen. Nach die empfindliche Unterstadt in Bürgerquartieren kommt durchaus nicht billiger. Die 33 Millionen Mark, die durch Einsparung werden sollen, brauchen auf einer rein militärischen Schätzung. Ganz abgesehen davon, daß es auch für die Soldaten eine Menge Unzulänglichkeiten besteht, wenn sie in Bürgerquartieren, die mitunter sehr ungesund sind, untergebracht werden. Major Morath schließt auf den Truppenärztlichen Rat der Reichsarmee

Einheitszettel. Auch dafür wird man sich im Interesse der Gesundheit der Mannschaften des Wehrdienstes, die hier hauptsächlich in Frage kommen, nicht erwärmen können. Wenn an dem Neubau von Kasernen auf Reichskosten gespart werden soll, so läßt sich das machen. Die Städte, denen Garnisonen überwiesen werden, sind in der Regel gern bereit, aus städtischen Mitteln Kasernen zu bauen, die dann von Militärbehörde gemietet und mit 6 % verzinst werden. Damit würde aber nur eine Verschiebung in den Kosten, nicht aber eine wirkliche Ersparnis eintreten. Immerhin ist es ganz selbstverständlich, daß im Militäretat und an der Militärverlage ganz erhebliche Abstriche gemacht werden können. Es wäre in der Tat sehr erfreulich, wenn sich wenigstens die Fortschrittler dazu aufraffen könnten, die von der Sozialdemokratie beantragten Streichungen zu unterstützen. Die Praxis wird allerdings genau das Gegenteil beweisen.

#### Eine „verbrecherische Torheit“.

Die „Frankfurter Zeitung“ kommt in ihrer Ausgabe vom Sonnabend auf ihre Anregung zur Einberufung einer internationalen Abrüstungskonferenz zurück. Sie untersucht die Rüstungsaufwendungen der europäischen Großmächte, wobei sie zu dem Resultat kommt, daß Deutschland jährlich fast 4 Milliarden Mark, also fast wie die ganze französische Kriegsentwässerung, aufwendet. Hier sei die Last nicht eingerechnet, die dadurch entsteht, daß Jahr für Jahr jetzt 668.000 Mann, und zwar gerade Menschen im kräftigsten und leistungsfähigsten Alter, ihrer Erwerbstätigkeit und damit der nationalen Produktion entzogen werden.

Nach einer Berechnung der Ausgaben für Heer und Marine in Deutschland führt das Blatt weiter aus: „Wären die Rüstungsausgaben nicht, so könnte das Reich die gesamte Arbeiterversicherung auf seine Kappe nehmen und zugleich die Leistungen der Versicherung verdoppeln. Das seien nur ein paar Beispiele für viele; sie mögen auch denen zu denken geben, die sich über die furchtbare Last der Rüstungen mit dem Hinweis auf den erzieherischen Wert des Militärdienstes und auf seinen körperlichen und moralischen Nutzen für alle durch das Heer Gegangene trösten. Wie ganz anderes könnten wir erreichen, wenn wir durch eine internationale Abrüstungsbeschränkung in die Lage kämen, auch nur einen Teil der Militärausgaben wirklich für Volkserziehung und Volkswohlfahrt aufwenden zu können.“ — Die Theorie, daß die Milliarden nicht wirtschaftlich nutzlos ausgegeben würden, sondern ein stark befruchtender Strom seien, der aus den Quellen des Rüstungsetats über Industrie und Landwirtschaft, über die Arbeiter und die ganze Volkswirtschaft sich ergieße, lehnt das Blatt ab. Nur einzelne hätten den Nutzen. „Was wäre Krupp ohne diese Rundschaft? Aber was einzelne gewinnen, verlieren alle anderen. Die Rüstungen sind die Unfallversicherungsprämie der Nationen, und alle müssen sich dieser Versicherungsprämie Jahr für Jahr unterziehen, bis der Tag kommt, an dem alle sich darüber klar werden, daß sie einer verbrecherischen Torheit nachgehen. Für diese Klarheit aber sollte die Menschheit allmählich reif werden, denn alle würden die Folgen. Deutschland und England mit ihrer intensiven vorwärts strebenden Wirtschaft senken vor allem unter dem Mangel an Kapital; Frankreich, das jetzt gar zur dreijährigen Dienstzeit zurückkehrt, vor allem unter dem Mangel an Menschen. Aber das Kultur-Defizit an Glück und wahren Menschenwerten ist für alle das gleiche.“

Solche warnenden Töne hat die sozialdemokratische Presse schon oft angeschlagen, doch erfolglos. Auch die treffenden Worte der „Frankfurter Zeitung“ werden in den Wind geschlagen sein, so lange sich nicht die Mehrheit des deutschen Volkes ganz energisch gegen den Rüstungswahn wendet.

#### Lieber einen Polen als einen Nationalliberalen!

Das ist jetzt die Parole konservativer Führer in der Dänemark. Die nationalliberale „Königsberger Allgemeine Zeitung“ erhält aus Westpreußen eine Zuschrift über „Das gefährdete Deutschland in Westpreußen“, in der den Konservativen die heftigsten Warnungen gemacht werden, daß sie den Polen in der Osttrakt Mandate in die Hände spielen!! Es heißt in dem Blatt:

„Mit banger Sorge verfolgen in den letzten Wochen die deutsch denkenden und deutsch fühlenden Männer aus allen Schichten der Bevölkerung Westpreußens die Politik der konservativen Partei. Großes Befremden erregte es in weiten Kreisen der Deutschen, daß die konservative Partei in dem seit 15 Jahren nationalliberal vertretenen Wahlkreis Strassburg (Westpr.) trotz aller Einigungsversuche einen eigenen Kandidaten aufstellen will neben dem Nationalliberalen und damit den Polen das Mandat in die Hände spielt. Mit Entrüstung muß verstanden werden, daß führende konservative offene erklärten, lieber einen Polen als einen Nationalliberalen wählen zu wollen. (!) Dazu kommt, daß der Landrat (!) sich an die Spitze der Bewegung gestellt hat. . . . Aber es liegt offenbar in dem Verhalten der konservativen Parteileitung. Es kommt ihr nicht darauf an, nationale Politik zu verfolgen. Nur ganz allein Parteinteressen sind es, die sie verfolgt. In diesem Sinne hat sie es auch in dem vor den Polen gefährdeten Wahlkreis Konik-Tugel-Schlachau abgesehen, gemeinsam mit der nationalliberalen Partei den Kampf zu führen, wie es bisher der Fall war. . . . Deutlicher kann wohl kaum die so häufig von konservativer Seite vernommene Redensart klingen gestraft werden, daß ihnen das Vaterland höher steht als die Partei.“

In dem Blatt wird dann weiter ausgeführt, daß die Konservativen den Nationalliberalen eine Abgabe erteilt und ein Abkommen mit dem Zentrum geschlossen hätten, nachdem ein konservativer und ein Zentrumsmann aufgestellt wird. Das nationalliberale Organ fügt hinzu: „Und das in der Ostmark, wo das Zentrum noch immer auf Seiten der Polen stand. . . .“

#### Der Panamaprojekt gegen den ungarischen Ministerpräsidenten.

Die königliche Tafel als oberster Gerichtshof im Prozeß des ungarischen Staatssekretärs Deszy führte am 5. April in Budapest eine sensationelle Entscheidung her-

bei. Deszy hat bekanntlich den Ministerpräsidenten Lufacz als den größten Panamisten der Welt bezeichnet, weshalb Deszy von dem Gericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Der Oberste Gerichtshof kassierte nun dieses Urteil, ordnete die Untersuchung über alle Angaben des Staatssekretärs an und beauftragte das Gericht der ersten Instanz, die Akten der ungarischen Bank einzusehen, um festzustellen, ob sie wirklich bei den Salzverträgen, die die Bank mit dem ungarischen Staate abgeschlossen hat, dem Ministerpräsidenten 4.800.000 Kronen zu anderen Zwecken gegeben hat. Ferner soll untersucht werden, ob beim Verkauf des Grundstücks, das Lufacz dem Staat angeblich zum Wertpreis überließ, ebenfalls Uebervorteilungen des Staates vorliegen. Der Gerichtshof sprach auch seine Mißbilligung darüber aus, daß der Reichstag die Angelegenheit bereits als erledigt betrachtet hat. Das Gericht erachtet sich allein für kompetent, zu entscheiden, ob die Angaben Deszys begründet sind oder nicht und ob eine Untersuchung einzuleiten ist.

Diese Gerichtsentscheidung erregt in Ungarn großes Aufsehen.

#### Das preussische Abgeordnetenhans

erledigte am Montag, bevor es die Beratung des Kultusrats fortsetzte, eine Reihe kleinerer Vorlagen. Die Vorlage über die Verpflichtung zum Besuch ländlicher Fortbildungsschulen wurde der verstärkten Gemeindefunktion überwiesen, nachdem u. a. Gen. Leinert im Gegensatz zu den Rednern der konservativ-klerikalen Mehrheit sich gegen die Einführung des Religionsunterrichts in den Lehrplan der Fortbildungsschulen gewendet und nachdrücklich betont hatte, daß die Fortbildungsschulen keine politischen seien, sondern einzig und allein den Zweck verfolgen dürften, die jungen Leute zum Kampf ums Vaterland zu befähigen. — Der Gesetzentwurf über die Bewilligung weiterer 15 Millionen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Staatsarbeitern und gering besoldeten Staatsbeamten wurde in erster und zweiter Lesung erledigt.

Die Beratung des Kultusrats, die sich um das Kapitel: Höhere Lehranstalten drehte, verlief sich völlig in Einzelheiten. Hervorzuheben ist nur die Beschwerde des konservativen Abgeordneten Götter darüber, daß im vergangenen Jahre zum ersten Male in Preußen ein Jude als Direktor einer höheren Lehranstalt bestellungs wurde, sowie die ganz haltlosen Klagen des Zentrums über die Zurücksetzung der Katholiken.

#### Das Vaterland muß größer sein.

Die Kolonialbank in Berlin hat in ihrem letzten erschienenen Geschäftsbericht für 1912 folgende Stelle:

„Die Voraussetzung für eine gedeihliche Weiterentwicklung der Kolonien und ihrer Werte ist die politische und wirtschaftliche Entspannung in Europa. Dann wird sich ein vermehrtes Interesse für unsere Kolonien bemerkbar machen, und die Möglichkeit eines kolonialen Zuwachses scheint uns dann gegeben. Verhandlungen nach dieser Richtung hin zu wehen.“

Warum wird von kompetenter Seite nicht über solche Verhandlungen berichtet? Man sieht hieran wieder, wie hinter den Kulissen gearbeitet wird.

#### Untersuchung gegen Schutztruppen-Offiziere.

Bei der 2. Lesung des Kolonialetats sind im Reichstags-Untersuchungen gewünscht worden, die sich auf das Verhältnis des Offizierskorps der Schutztruppe zu dem früheren Gouverneur Frhrn. v. Rechenberg beziehen sollten. Nach einer Meldung der „Post“ hat sich der Staatssekretär Dr. Solff veranlaßt gesehen, gegen mehrere Offiziere der Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika eine kriegsgerichtliche Untersuchung in die Wege zu leiten, deren Vorarbeiten dem Kommando der Schutztruppen in Berlin übertragen sind. Einige Vernehmungen haben bereits stattgefunden; weitere Erhebungen, auch im Schutzgebiet, sollen folgen.

#### Balkan.

Zur Lage. Um Sanna haben Kämpfe zwischen Serben und Türken stattgefunden. Die letzteren sind geschlagen worden.

An der kleinasiatischen Küste hat der griechische Torpedobootzerstörer „Peranos“ die Stadt Bursa bombardiert, 8 türkische Soldaten wurden getötet und 170 verwundet.

Der deutsche Flieger Scherff machte Sonntag mit dem türkischen Hauptmann Kemal bei einem zweieinhalbstündigen Erkundungsflug bis nach St. Randscha. Das bulgarische Hauptquartier bei Kobaktschaköj wurde, wie er berichtet, von ihnen, anscheinend erfolgreich, mit Bomben beworfen. Da das Luftschiff nur 400 Meter hoch flog, war es dem Schnellfeuer der Bulgaren ausgesetzt. Die bulgarischen Hauptkräfte, erklärte Scherff stehen zwischen Tschatalidcha und Kobaktschaköj. Keine Angriffs vorbereitungen seien deutlich bemerkbar gewesen.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 8. April.

**Achtung, Töpfer!** Die Lübecker Töpfer sind in den Ausstand getreten, nachdem der bestehende Tarif von den Meistern zum 1. April gekündigt und ein neuer Tarif bisher nicht zustande gekommen ist. Zugang von Töpfern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

**Achtung, deutscher Bauarbeiterverband!** Wegen Nichtzahlung des Tariflohnes für Gipsarbeiter ist über die Firma Glogner (Wau-Hochofenwerk) die Sperre verhängt. Kein organisierter Kollege darf dort selbst in Arbeit treten.

Der Zweigvereinsvorstand.

**Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins** findet heute abend im Gewerkschaftshaus statt. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Mitgliedsbücher vorgezeigt werden müssen.

**Neubezeichnung von Bahnhöfen in Lübeck's Nachbargebieten.** Die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn macht bekannt: Vom 1. Mai d. J. ab führt die Station Mendorf

1. Übb. den Namen „Necke - Niendorf“ und die Galtstelle Waldhalle den Namen „Schwartau - Waldhalle“.

**Kontrollverfassungen im Wockenhof.** Am Mittwoch, dem 9. April, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahrestafel 1904. Am Mittwoch, dem 9. April, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahrestafel 1905.

**h. Schöffengericht am 8. April.** Wer bezahlt die Hundsteuer? Der Arbeiter B. hatte für eine Dame, die nach Amerika reiste und länger als erwartet war, ausbleibend, deren Gesellschaftshündchen in Pflege genommen. Als Entgelt bezog er freie Wohnung; die Steuer zu bezahlen hatte die Frau versprochen. Da dies nicht erfolgte, wurde der Arbeiter zu 6 Mk. Polizeistraf verurteilt. Dagegen erhob B. Einspruch mit der Begründung, daß er nicht als Besitzer des Hündchens anzusehen sei. Der Staatsanwalt hielt den Hundepflege für steuerpflichtig und zog eine Lübecker Landgerichtsentscheidung von 1902 an, nach der für die Steuer verantwortlich ist, wer den Hund dauernd zu eigenen Zwecken verwendet und die Befreiung der Unterhaltskosten trägt. Bei der langen Zeit von über einem Jahr hätte der Angeklagte nachfragen können, ob die Dame die Steuer bezahlen wolle. Das Gericht sprach den Angeklagten frei und legte die Kosten der Staatskasse auf. B. komme als Hundehalter nicht in Frage, er habe ihn nur bewacht, auf die Zeit komme es nicht an. Es sei ganz ausgeschlossen, daß der Arbeiter für sein Vergnügen ein Schößhündchen halte. Das Verhältnis sein in diesem Fall das gleiche wie zwischen Herrschaft und Diensthofen. — **Provision und Unterschlagung.** Die Verbindung dieser beiden Dinge kommt im Geschäftsleben häufig vor, weil eben ein Anstellungsverhältnis, bei dem der Unternehmer die Geschäftskosten auf die Angeklagten abwälzt, zu keinem guten Ziele führen kann. Heute hatte sich der Provisionsreisende G. zu verantworten, der seinem Chef 1147,80 Mark von dem Gelde unterschlug, das er im letzten halben Jahre einkassiert hatte. Zum Teil will G. das Geld dazu benutzt haben, um das Haus seiner Frau vor der Zwangsversteigerung zu retten, zum andern Teil war er gezwungen, die Gelder für sich zu verwenden, weil er mit der Provision nicht auskam. Um das Vergehen zu veranschaulichen, stellte G. Privatquittungen aus und legte seinem Chef unquittierte Scheine vor, bis eines Tages durch Reklamation die Unterschlagung ans Licht kam. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die Höhe der Summe 9 Monate Gefängnis. Die Verhandlung wurde auf kommenden Dienstag ausgesetzt. — **Diebstahl.** Der Arbeiter M. holte aus einem fremden Spind in Siems einen Anzug und ein Paar Stiefel heraus, die aufs Verjähren wanderten. Urteil: 1 Monat Gefängnis. — **Flotte Zecher lud der Kellner Z. zu einer Autofahrt ein.** Beim Wirt Z. wurde Halt gemacht, wo Jagdgäste und Chauffeur verschiedene Flaschen Rotwein kippten. Nachdem die erste Runde von 12 Mark bezahlt war, wurden noch weiteren Flaschen die Hälfte gebrochen. Als sich die Summe aufs Doppelte der ersten vermehrte, war dem edlen Spender der Draht ausgegangen. Er wußte sich zu helfen. Kavaliertypisch holte Z. den goldangehauchten Messingchronometer heraus, dessen Wert auf ganze 2 Mark geschätzt wird, und gab ihn nebst der Versicherung, daß er Geld genug im Rückhalt habe, als Pfand des Wiederkommens. In der Kassa wurde bestellt er schon morgens früh eine Bowle für die Witternachtsstunde und beauftragte den Wirt noch besonders, einen bekannten Gast zu laden. Die Bowle wurde noch zweimal erneuert, auch Zigarren und Zigaretten wurden herumgereicht. So wachte die Zecher 39,85 Mark aus. Geld hatte der Mann seinen roten Heller in der Tasche, dafür im Munde die verlogene Versicherung, daß er von seinem früheren Arbeitgeber noch 600 Mark zu bekommen habe, von denen die Schuld bezahlt werden sollte. In beiden Fällen wurde vergessen, den genossenen Kredit von der Tafel zu lösen. Wegen Betrugs angeklagt, wurde der junge Mann heute zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

**An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat März 1913 beim hiesigen Steuerbureau ein:** Einkommensteuer 33 477,62 Mk., Wertzuwachssteuer 15 437, — Mk., Grundsteuer 7307,44 Mk., Eisenbahnsteuer — Mk., Erbschaftsteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer 11 661,49 Mk., Veräußerungsabgabe 15 177,86 Mk., Stempelabgaben 11 669,50 Mk., Schiffsabgaben 30 527,61 Mk., Gewerbesteuer — Mk., Milltalsteuer 17,85 Mk., zusammen 125 175,87 Mk. gegen 166 322,08 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 1913 41 146,21 Mk. weniger. Vom 1. April 1912 bis Ende März 1913 gingen 6 218 511,09 Mk. ein gegen 5 943 846,22 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres; mithin 274 664,87 Mk. mehr.

**Handelsregister.** Am 2. April 1913 ist bei der Firma Rhönitz-Brauerei, vormals Paul Fleming, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck eingetragen worden: Die §§ 29 und 30 des Gesellschaftsvertrages sind gestrichen. Am 3. April 1913 ist eingetragen: 1. bei der offenen Handelsgesellschaft unter der Firma Capell & Petersen in Lübeck: Die Firma lautet jetzt: Capell & Petersen Nachf. Alleiniger Inhaber ist der Kaufmann F. W. A. Lübeck in Lübeck. Der Uebergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Passiven ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch den Kaufmann F. W. A. Lübeck ausgeschlossen. Die Gesellschaft ist aufgelöst; 2. bei der offenen Handelsgesellschaft unter der Firma Otto Saukohl Nachf. in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen. Am 5. April 1913 ist eingetragen die Firma „Lübecker Zentral-Brot-Fabrik R. Spangenberg & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ mit Sitz in Lübeck. Gegenstand des Unternehmens ist die Fortsetzung des Geschäftsbetriebes des bisherigen nicht eingetragenen Unternehmens Lübecker Zentral-Brot-Fabrik R. Spangenberg, sowie allgemein die Herstellung und der Vertrieb von Backwaren und der Abschluß von Geschäften, die damit in Zusammenhang stehen. Das Stammkapital beträgt 20 000 Mark. Geschäftsführer sind der Bäckermeister R. Spangenberg in Lübeck und der Bankbeamte F. Schmidt in Brake i. Oldbg., von denen jeder einzeln zur Vertretung der Gesellschaft und Zeichnung der Firma befugt ist. Der Gesellschaftsvertrag ist am 23. Februar 1913 festgestellt. Auf die Stammeinlage des Gesellschafters Bäckermeisters R. Spangenberg und auf das Stammkapital der Gesellschaft sind anzurechnen die von diesem Geschäftsführer eingebrachten Warenbestände seines früheren nicht eingetragenen, unter der Bezeichnung „Lübecker Zentral-Brot-Fabrik R. Spangenberg“ geführten Geschäftes zum Werte von 1181 Mark.

**Von der Seeschiffahrt.** Die für Lübeck sehr wichtige Tröpfung der Schiffahrt in Kronstadt und St. Petersburg kann nach mehreren der hiesigen Schiffmaklerfirma Solm und Wonnid Nachf. zugegangenen Telegramm in 8 bis 10 Tagen erfolgen, doch ist Abstieg durch Eisbrecher notwendig. Der große Eisbrecher „Jermak“, der in Petersburg angekommen ist, berichtet, daß er zwischen Fogland und Kronstadt schweres Eis angetroffen hat.

**Seinem Leben ein Ende** machte gestern Abend in der Toilette einer Wirtin vor dem Volitentor ein unbekannter Mann. Der Lebensmüde, der gebrochen Deutsch sprach, hatte vorher noch gegessen und getrunken und war dann

ausgetreten. Plötzlich ertönte ein Schuß. Der herbeileitende Wirt fand den Mann dann als Leiche vor. Die Kugel hatte ihn tödlich getroffen. Auf einem Bettel, der bei dem Unfälleigen gefunden wurde, war bemerkt, daß er 38 Jahre alt sei und wünschte, daß man seine Leiche nicht sezieren.

**Lübecker Verein für Luftfahrt.** In der gestrigen Mitgliederversammlung wurde der Beteiligung des Ballons „Lübeck“ an der kriegsmäßigen Ballonverfolgung des Großherzoglichen Automobilklubs in Schwerin im Mai ds. Js. zugestimmt. Herr Müller berichtete über den augenblicklichen Stand der in diesem Jahre beabsichtigten Veranstaltung eines Ueberlandfluges Lübeck-Schwerin-Bismar-Rostock und die Versammlung billigte die bisher in dieser Angelegenheit unternommenen und weiter in Aussicht zu nehmenden Schritte. Herr Dr. med. Richter berichtete sodann über die letzte Fahrt des Ballons „Lübeck“ und schilderte den schönen Verlauf derselben. Die Fahrteilnehmer hatten den unvergleichlichen Genuß, bei dem wundervollen klaren Wetter die Ostsee und Nordseeküste gleichzeitig zu sehen. Die nächste Fahrt des Ballons „Lübeck“ wurde für Sonntag, den 20. April in Aussicht genommen. Nachdem noch ein lebhafter Meinungsaustausch über die Notlandung des Militär-Zeppeleinflussschiffes in Lunewille stattgefunden hatte, wurde die Versammlung erst in vorgerückter Stunde geschlossen.

**ph. Wer ist der Eigentümer?** Am 7. ds. Mts. wurde am Travengestade bei Schuppen Nr. 8 ein zweirädriger Handwagen, sogenannte schottische Karre herrenlos aufgefunden. Der Karren des Wagens ist blau gefärbt. Der Wagen hat 3 Stützen. Der rechtmäßige Eigentümer wird ersucht, sich an der Kanalewache zu melden.

**ph. Gefundene Papiere.** Die am 3. ds. Mts. als gestohlen angemeldeten Papiere des Gärtnergehilfen Johannes Wuth aus Marienberg sind als gefunden im Hundebureau des hiesigen Polizeiamtes abgegeben worden.

**ph. Verhaftet.** Festgenommen wurden ein Trimmer und ein Schlosser, die sich in einer hiesigen Herberge eine größere Quantität Zigaretten und Spirituosen angeeignet haben.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Wir machen besonders auf die am Freitag stattfindende „Lohengrin“-Aufführung aufmerksam, in welcher Karl Erb, der auf unserer Bühne ein bestimmtes Heimatrecht hat, das erste seiner beiden, für die Woche angebotenen Gastspiele gibt. Zum zweiten und letzten am Sonntag steht Purcinius Meißneroper „La Bohème“ auf dem Spielplan. Am Donnerstag geht nach einer am vergangen Sonntag vor jubelndem Beifall beglückten am vergangen Sonntag Smetanes komische Oper „Die verkaufte Braut“ als Wiederholung in Szene. Mittwoch, auf vielfachen Wunsch, „Autolobchen“. Am Nachmittag der hochinteressante in der Hauptstadt für Schüler bestimmte Vortrag: „Das Meer und seine Bewohner“, illustriert durch eine große Anzahl vorzüglicher kinematographischer Aufnahmen. Die Veranstaltung findet zu den niedrig bemessenen Nachmittagspreisen statt. Zum Einheitspreis von 50 Pfg. pro Platz wird am Sonntagnachmittag 3 Uhr Blumenhal und Kadelburgs Lustspiel „Im weißen Röhl“ gegeben.

**Travemünde.** Die freie Turnerschaft hat sich hier in erfreulicherweise entwickelt. Die Turnstunden sind durchschnittlich von 32 Turnern besucht. In der Tour nach Daffow, die am Sonntag veranstaltet ward, beteiligten sich 40 Turngenossen. Kein Arbeiter sollte sich den bürgerlichen Turnvereinen anschließen, sondern jeder Arbeiterturner gehört in die Freie Turnerschaft.

## Arbeiter, Parteigenossen!

### Erwerbt

## das lübeckische Bürgerrecht!

**e. Stockelsdorf.** Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, welche am Sonntag, dem 6. April, bei F. L. Paetau stattfand, war gut besucht. Die Quartals-Abrechnung ergab: Einnahme 580,25 Mk., Ausgabe 399,11 Mk., Bestand 180,54 Mk. Der Jahresbericht für dreiviertel Jahre wurde vom Vorsitzenden gegeben. Stattgefunden haben 20 Vorstandssitzungen, 9 Vereinsversammlungen, 6 öffentliche Versammlungen und 3 Frauenzusammenkünfte sowie eine öffentliche Frauenversammlung (der Frauentag). Die Gesamteinnahme betrug 1479,18 Mk., die Gesamtausgabe 1345,64 Mk., sodas ein Kassenbestand von 180,54 Mk. vorhanden war. Mitglieder 400; 298 männliche und 107 weibliche. „Volksboten“-leser 340, „Wahrer Jakob“ 121, „Gleichheit“ 13, „In freien Stunden“ 5. Der Neue-Welt-Kalender wurde in 60 Exemplaren abgesetzt. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: erster Vorsitzender: O. Nickel, zweiter Vorsitzender: S. Weiphalting, erster Kassierer: E. Schröder, zweiter Kassierer: W. Neß, Schriftführer: S. Stühr. Zu Revisoren wurden S. Martens, Neß und Frau Klopp gewählt. Als Vertrauensperson der weiblichen Mitglieder wurde Genossin Evers wiedergewählt. Zu Kartelldelegierten wurden O. Nickel, E. Schröder und Genossin Evers bestimmt. In die Preiskommission wurden gewählt die Genossen Statthufen, Neß, Gröning und Schulze. Die Voten wurden wiedergewählt; gleichfalls fast alle örtlichen Agitationsmänner. Eine Agitationskommission für die Presse soll in der nächsten Periammlung gewählt werden.

**w. Möken.** Landtagswähler. Morgen Mittwoch ist der letzte Tag, an welchem die Urwählerliste ausliegt. Wer es unterläßt, sich zu überzeugen, ob er in der Wählerliste steht, darf nicht wählen, wenn er verheerlich nicht in die Liste aufgenommen wurde. Deshalb veräume niemand die Wählerliste einzusehen und jeder erhebe Einspruch, der nicht in der Liste steht.

**Hamburg.** Selbstmord eines Rechtsanwalts, der 700 000 Mark unterschlug. In seiner Wohnung in der Villenkolonie Hochkamp bei Dudenhuden hat sich der Hamburger Rechtsanwalt Dr. Siegfried Lehmann erschossen. Er, der seine Praxis im Kontorhaus „Raujmanshaus“ auf den Großen Bleichen ausübte, hat ein Schreiben hinterlassen, aus dem hervorgeht, daß keine Aktiven vorhanden sind, die zur Deckung der von ihm verantrauten Verwaltungsgelder in Höhe von 700 000 Mark dienen könnten. Er hinterläßt Frau und drei Kinder.

**Hamburg.** Untergang einer Hamburger Biermark. Wie aus Astoria (Oregon) telegraphisch gemeldet wird, ist dort die Hamburger Biermark „Mimi“ beim Abschleppen von einem Riff, auf dem sie gestrandet war, geteert, wobei die aus 30 Mann bestehende Besatzung einschließlich des Kapitäns Westphal ertrunken sein soll. Bei der Reederei des Schiffes, Hans Heinrich Schmidt, liegen noch keine näheren Nachrichten über den Unfall vor. Der Segler strandete am 13. Februar auf der Reise von Valparaiso nach Astoria auf einer Sandbank dicht vor dem Bestimmungsort,

und alle Versuche, ihn abzuschleppen, blieben erfolglos. Nach einer Meldung des Kapitäns vom 2. April hatte man beabsichtigte Forderung, das gestrandete Schiff am 11. April, an welchem Tage vermutlich besonders hoher Wasserstand zu erwarten war, stotzumachen. Dieser Versuch ist nunmehr anscheinend schon vorher unternommen worden und ist, wie aus dem Telegramm hervorgeht, nicht nur fehlerhaft, sondern hat zu einem schweren Unfall geführt. Aber die an Bord befindliche Mannschaft ist bei der Reederei nur wenig bekannt. Tatsache ist, daß von den Leuten, die vor Antritt der Ausreise nach Chile in Europa amustierten, zahlreiche im Auslande desertiert sind. Die Anzahl der Desertierten sowie deren Namen sind zurzeit noch nicht bekannt, so daß auch nicht festgestellt werden kann, wer von den hier amustierten sich noch an Bord befindet. Bei dem Verein Hamburgischer Affekturadeure ist ein Telegramm eingegangen, das den Schiffsunfall bestätigt, und von einem schweren Verlust an Menschenleben berichtet. Ob sich unter den Ertrunkenen außer Mitgliedern der Besatzung auch noch Leute befanden, die sich zur Vornahme von Bergungsarbeiten an Bord befanden, wird nicht gemeldet. Wie die Reederei mitteilt, sieht das Schiff seit dem 13. Februar auf dem Strand und es waren viele Leute an Bord, die an der Bergung arbeiteten. Ob sich bei dem Kentern nur die Besatzung oder auch die Bergler an Bord befunden haben, ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden. Die „Mimi“ ist 1893 aus Stahl erbaut und 2246 Netto-Registertonnen groß.

**Hamburg.** Die opferwilligen Jungfrauen. Wir lesen in der neuen Montagsausgabe des „Vorwärts“: In alternativer Nähe des Hauptbahnhofs in Hamburg lockt den zahlungsfähigen Fremden und den ehrbaren königlichen Kaufmann, der einmal untertauchen will in den Strudel nächtlicher Luft, Hamburgs vornehmstes Ballettablissement „Die Fledermaus“. Wie die Fledermaus das Tageslicht scheut und zur Nachtzeit ihre Flügel ausbreitet, so öffnen sich auch die Tore des Terpsichoretempels erst in später Abendstunde. Alte und junge Lebegreife delectieren sich dann auf dem glänzenden Parquet an den züchtig zur Schau gestellten Reizen der feinen Ballratten, an den schmachtenden Wäldern und dem liebeslüsternen Girren gefälliger Damen. Während hier ein jeder Werber der verschämt abwehrenden Schönen ins Fleisch kneipt, kündigt dort das Knallen der Sektperlen den Sieg über die durchlöcherne weibliche Tugend. Doch es bedarf noch stärkerer Reize, die brüchig gewordenen Nerven der monatelang bewaffneten Gentlemen aufzupeitschen. Eine ungariische Magnolientapelle läßt von Zeit zu Zeit ihre feurigen, lockenden Weisen erklingen, Balletteinlagen sorgen für ihrem Teile für das Erhalten der animierten Stimmung. Und wenn wirklich einmal ein Griesgram schweren Herzens an die vielleicht zu entrichtende nationale Wehrsteuer denkt, auch solchen Zufällen weiß die geschäftsführende Direktion des Ablissements zu begegnen. Sie schreibt in der Aprilausgabe der von ihr herausgegebenen „Kritischen Monatszeitschrift“:

Der Ernst des Lebens kommt ja doch von selber, und glücklich ist der, der auch ihm eine heitere Seite abzugewinnen weiß. Das verstehen nun die prächtigen Tänzerinnen ganz ausgezeichnet, die als „Unsere blauen Jungens“ militärische Tanzrevolutionen mit ebenbürtiger Präzision wie anmutiger Grazie vorführen. Wir leben ja auch im April noch in der freudigen Begeisterung, die die Hundertjahrfeier der großen Zeit von 1813 geweckt hat. Und der Anblick der glänzenden Uniformen dieser hübschen Amazonen ist so herzerfreuend, ihre Darbietungen sind so jugendlich, eralt und elastisch, daß man ihnen statt des sonst üblichen rauschenden Beifalls am liebsten ein dreifach donnerndes Hurra darbringen möchte. Auch in diesem kindlichen Spiel liegt ein tiefer Sinn; es könnte gemahnen an den Opfermut der deutschen Jungfrauen, die vor hundert Jahren ihr Geschmeide oder ihr wallendes Bruchthaar auf dem Altar des Vaterlandes opferten oder gar furchtlos in die Reihen der Freiheitskrieger traten. Wahrhaftig, wir können heute noch ruhigen Herzens singen: „Lieb Vaterland magst ruhig sein!“

Ein Hurra den opferwilligen Jungfrauen der „Fledermaus“!

**Buxtehude.** Gemeindevahlstieg. In den Gemeindevahlstagen von Altkloster bei Buxtehude wurden am Sonntag wieder zwei Genossen gewählt. Der Gemeindevahlstieg besteht zurzeit aus zwölf bürgerlichen und sechs sozialdemokratischen Vertretern, was im Bereich der rückständigen hannoverschen Landgemeindevahlstiege sehr bemerkenswert ist.

**Bremen.** Infolge eines Zusammenstoßes zwischen dem Lugschleppdampfer „Bessa“ und dem englischen Dampfer „Hanja“ plakte auf dem Schlepper das Sicherheitsventil, das Dampfrohr und das Wasserstandsventil; durch den ausströmenden Dampf wurden ein Maschinist und ein Matrose schwer verbrüht. Ein Seizer wird vermisst. Vermutlich ist er bei der Kollision über Bord gefallen und ertrunken.

## Kommunales.

**Säuglingsfürsorge.** Um der ungeheuer umfangreichen Sterblichkeit der Säuglinge mit Erfolg entgegenzutreten, will die Stadt Dortmund ein Säuglingsheim errichten. Namentlich die Zahl der im ersten Lebensjahre gestorbenen unehelichen Kinder ist dort unverhältnismäßig hoch. Es starben im Jahre 1911 40,12 Proz. der unehelich geborenen Kinder im ersten Lebensjahre. Bei den ehelich geborenen Kindern war das Sterblichkeitsverhältnis im Jahre 1911 18,01 Proz. — Das neue Säuglingsheim soll in eigenen städtischen Gebäude untergebracht werden und, vornehmlich zur Behandlung, Pflege und Wartung armer und kranker, sowie unehelich geborener Kinder bestimmt sein. Es soll 100 Betten enthalten, wovon 70 für Säuglinge bestimmt sind. Im ganzen wird die Anlage 300 000 Mk. kosten, wovon die Grundkosten noch nicht eingegriffen sind. — Eins ist an der Geschichte merkwürdig: Es waren die Sozialdemokraten, die seit ihrem Eintritt in das Stadtparlament nachdrücklich eine systematische und zusehender werdende Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit forderte. Jetzt wird diesem Verlangen Rechnung getragen aus Anlaß — des Regierungsjubiläums Wilhelms II.

## Stützung.

Für den Wahlvonds gingen ein:  
D. G. . . . . 1.— Mk.  
Das Parteisekretariat.  
Für das Jugendheim gingen ein:  
G. G. . . . . 0,50 Mk.  
Vom Dampfer „Ramna“ . . . 0,70  
Der Jugendausschuß.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: L. H. Schwan, Druck: Friedr. Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Sonnabend, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr:

Grosse

Volkerversammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstr.

Tages-Ordnung:

1. Die neue Militärvorlage und der Rüstungswahn.

Referent: Reichstagsabgeordneter Gustav Noske-Chemnitz.

2. Freie Aussprache für jedermann.

Arbeiter! Parteigenossen! Es gilt zu protestieren gegen die ungeheure, in solcher Höhe noch nie dagewesene Wehrvorlage! Sorgt für einen Massenbesuch dieser Versammlung!

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Paul Löwig, Johannisstraße 46.

Prima diese Blumen... 78... 90... 85... 80... 60, 40, 30... 25... 60... Karl Lahrz, Böttcherstr. 11/16.

Spezialität seit über 30 Jahren... Kuheuter, per Pfund 65... unübertroffen im Geschmack... Karl Lahrz, Böttcherstr. 11/16.

Gelegenheitskauf! Ein großer Posten gestreifte Barchent-Arbeiter-Hemden... Normal-Hemden- u. -Hosen... Markmann & Meyer. Breite Straße 44-46.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl. Zahlreiche Lübeck. Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, dem 9. April abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Chor-Verein Lübeck.

General-Versammlung am Mittwoch, d. 9. April abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Neues Stadttheater. Mittwoch, den 9. April 1913. Nachmittags 4 Uhr. Ende nach 5 Uhr.

„Das Meer u. seine Bewohner“ mit zahlreichen Lichtbildern. Nachmittags-Breife. Abends 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Autoliebchen. Burleske Operette von J. Gilbert. Donnerstag, den 10. April 1913. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.

Mittwoch... prima junges Ziegenfleisch, Pfund 40 u. 50... Markthallenstand 29.

Abreisenden... aufbewahrt u. nachgeliefert werden Gegenstände aller Art...

Unübertroffen wascht Ragoda... Gegen Gutscheine bis Ende 1913 auf 20 Pfg. 1 ff. Doublee- oder goldplattierte Damen-Uhrkette.

Zippendorfer Sandbrot... R. Eggers, Nieder-Bülow. Säulenstraße.

Ob- und Pfanzartoffeln! Prima gelbe, rotes, braunes, blaues...

Eolsten-Meierei... Gerstl 2336... alle Meiereiprodukte in bekannter Güte.

Weine, Spirituosen u. Liköre... in jeder Preislage... L.H. Stooß, Engelstraße.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. v. Ber. Zahlreiche Lübeck.

Mitglieder-Versammlung am Donnerstag, dem 10. April abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Achtung! Roll- und Blockwagenkutscher!

Versammlung am Mittwoch, dem 9. April abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Samenhandlung Schein & Wege Nachig., Wilh. Vollert, Mengstraße 10. Alle Gemüse- und Blumen-Sämereien in zuverlässiger Qualität billigst.

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bücherei auf billigste Weise... Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde... nur M 4.80... fünf wertvolle Bücher.

Bettfedern-Reinigungs-Anstalt Johann Dittmer, Drägerstraße 12a.

## Die Wehrvorlage vor dem Reichstag.

133. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten v. Bethmann-Hollweg, v. Heeringen, Kühn, v. Jagow, Visco, v. Schorlemer, Kraetke, Delbrück.  
Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Nach dem einmütigen Urteil unserer militärischen Autoritäten ist die Wehrvorlage notwendig, um durch die Verstärkung unserer Wehrmacht die Zukunft Deutschlands zu sichern. Wir müssen gegenwärtig die Wehrfähigkeit unserer Bevölkerung nicht voll aus. Trotz der Verstärkung, die wir periodisch und noch im vorigen Jahre vorgenommen haben, hat die Entwicklung unseres Heeres mit dem Wachstum der Bevölkerung nicht Schritt gehalten. Sollte uns jetzt ein Krieg ausgenötigt werden, so können und werden wir ihn schlagen im Vertrauen auf die Tapferkeit unseres Heeres. (Lebh. Beifall bei den bürgerl. Parteien.) Aber die Frage ist nur die: können wir uns weiterhin den Luxus gestatten, auf tausende von ausgebildeten Soldaten zu verzichten, die wir haben könnten, jetzt aber nicht einstellen? (Sehr richtig! rechts.) Kein Mensch weiß, ob und wann uns ein Krieg beschieden sein wird, aber so viel ist sicher: kein europäischer Krieg wird entbrennen, in den nicht auch wir verwickelt werden und dann werden wir um unsere Existenz zu kämpfen haben. Wer will die Verantwortung dafür tragen, daß wir bei einem Ringen auf Leben und Tod nicht so stark sind, wie wir stark sein können. (Sehr richtig! bei den bürgerl. Parteien.) Seit Beginn des Balkankrieges waren die Großmächte bestrebt, den Krieg zu lokalisieren. Und doch hat monatelang eine Spannung bestanden und Österreich und Rußland haben zu außergewöhnlichen militärischen Maßnahmen gegriffen. Wiederholt hat es des ganzen Verantwortlichkeitsgefühls der interessierten Kabinette bedurft, um Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze die Schärfe zu nehmen, die zu einem gewalttätigen Ausbruch hätten führen können. Europa wird dem englischen Minister des Auswärtigen Dant wissen für den Geist der Verschönerung, mit dem er die Londoner Botschafterbesprechungen leitete. Deutschland nimmt an diesem Dank um so innigeren Anteil, als es sich mit den Zielen der englischen Politik eins weiß und treu zu seinem Bundesgenossen stehend in demselben Sinne gearbeitet hat. (Bravo! bei der Volkspartei.) Jetzt gilt es, die Entschleunigung der Großmächte zur Geltung zu bringen und wir werden auf das energischste dabei mitwirken. Gegenüber dem herausfordernden Widerstand von Montenegro (Große Heiterkeit bei den Soz.) kommt es darauf an, daß das bisherige Zusammenarbeiten der Großmächte auch weiterhin standhält. Die Londoner Beschlüsse müssen schleunigst durchgeführt werden, dann wird sich auch für die noch ungelösten Fragen eine friedliche Erledigung finden. An die Stelle der europäischen Türkei mit ihrem passiv gewordenen staatlichen Leben sind Staaten getreten, die eine ganz außergewöhnliche aktive Lebenskraft dokumentieren. (Sehr richtig!) Wir alle haben ein Interesse daran, daß die Balkanstaaten einer Epoche langer Friedenszeit entgegengehen, die sie in wirtschaftliche Zusammenhänge mit ihren Nachbarn bringt. Dann werden auch sie ein Faktor des europäischen Friedens sein. Trotzdem bleibt das eine unzweifelhaft: sollte es einmal zu einem europäischen Zusammenstoß zwischen Slaven und Germanen kommen, dann ist es für uns ein Nachteil, daß an die Stelle der Türkei jetzt zum Teil slawische Staaten getreten sind. Aus dieser Verschiebung der militärpolitischen Situation müssen wir jetzt die Konsequenzen ziehen. Ich sage das nicht, weil ich diesen Zusammenstoß für unausbleiblich halte, aber manche Publizisten vertreten diese These und diese in die Ohren fallenden Schlagwörter düngen den Boden, auf dem mißleitete Volkseidenschaften in die Keime schießen. (Zustimmung.) Mit Rußland stehen wir in freundschaftlichen Beziehungen. (Beifall rechts.) Sie aufrecht zu erhalten, habe ich von vornherein für meine Aufgabe angesehen und ich habe den Eindruck, daß meine Be-

strebungen nicht unerwidert geblieben sind. (Erneuter Beifall rechts.) Deutschland und Rußland brauchen sich nicht ins Gehege zu kommen, aber die Siege der Balkanstaaten haben die panslawistische Strömung mächtig gefördert. Unsere Bestrebungen zur französischen Regierung sind gute, und ich habe allen Grund zu glauben, daß die gegenwärtige französische Regierung in nachbarlichem Frieden mit uns zu leben wünscht. Ob und welchen Wehrschiel die Zukunft bringen mag, weiß niemand. Im Vergleiche zu der Zeit vor 25 Jahren sind, wie ich glaube, die Chancen dafür, daß die Kabinette der Großmächte den Mittelpunkt kriegerischer Absichten bilden, nicht gestiegen, sondern gesunken. (Sehr richtig! links.) Von den Dimensionen eines Weltbrandes, von dem Glend und der Zerstörung, die er über die Völker bringen würde, macht sich kein Mensch eine Vorstellung. Alle bisherigen Kriege werden wahrscheinlich ein Kinderpiel dagegen sein. (Sehr richtig!) Kein verantwortungsvoller Staatsmann wird gesonnen sein, die Lunte leichtfertig aus Pulver zu legen. Die Neigung dazu hat abgenommen, zugenommen aber hat die Macht der öffentlichen Meinung und innerhalb dieser der Druck derer, die sich am lautesten gebärden. Das pflügen, je demokratischer die Einrichtungen sind, in leidenschaftlich erregten Zeiten nicht Majoritäten, sondern Minoritäten zu sein. (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube nicht, daß das Volk der Franzosen in seiner Gesamtheit zum Kriege drängt. Aber welche französische Kreise, nicht nur die Chauvinisten, glauben, uns, wenn nicht überlegen, so doch zum mindesten gewachsen zu sein, im Vertrauen auf die Güte der eigenen Armee, auf das Bündnis mit Rußland, vielleicht auch in der Hoffnung auf England. Man pocht auf die Überlegenheit der französischen Artillerie, den Vorsprung der französischen Fliegerkunst und die bessere Ausbildung der französischen Feldsoldaten. Der Anschluß der Balkanstaaten und der Anschluß Esth- und Litthens wird im voraus angenommen. Als Bismarck 1887 das Septennat forderte, bestand der Dreibund, aber noch kein Zweibund und keine Triple-Entente. Die Gruppierung der Mächte bestimmt die Situation. Fest steht der Dreibund wie je. (Lebhafte Beifall.) Er dient der Welt, die Probe hat er abgelegt. Trotzdem bleibt Deutschland auch mit dem Dreibund wie kein anderes Land eingekesselt zwischen Slaven und Franzosen. Der Kriegsminister wird Ihnen in der Kommission eingehende Angaben über die militärische Stärke unserer Nachbarn machen. Aus leitet nicht der Gedanke des Vertrauens, oder der der rage de nombre (Zahlenwut). (Widerspruch bei den Soz.) Mit unseren russischen Nachbarn können wir doch niemals um die Wette rüsten. Aber wir werden Ihnen zahlenmäßig nachweisen, welche außerordentliche militärische Anstrengungen unsere Nachbarn machen. In Rußland vollzieht sich mit einer staunenswerten ökonomischen Entwicklung die Reorganisation der Armee. Frankreich stellt seit langem den letzten Mann ein, und wenn es jetzt auf die dreijährige Dienstzeit zurückgreift, so liegt darin für uns keine Provokation. Frankreich will sich eben so stark machen, als es vermag. Da heißt es geradezu, das Schicksal herausfordern, wollten wir sagen: wenn ein Krieg kommt, sind wir stark genug. Wir machen Ihnen die Vorlage nicht, weil wir Krieg, sondern weil wir Frieden haben, und wenn Krieg kommt, Sieger bleiben wollen. (Beifall bei den bürgerl. Parteien.) Wir werden niemals der Störenfried sein. Aber politische Freundschaften sind politische Geschäfte, und Geschäfte schließt man am besten unter starken Partnern ab; der Schwache kommt immer unter die Räder. Lord Chamberlain hat für das Schiffsverhältnis auf ein Jahr Bauvertrag angeregt. Wir werden bei den großen Schwierigkeiten des Problems abwarten müssen, ob die englische Regierung an uns mit konkreten Vorschlägen herantreten wird. Aber schon die Aussprache dieses Gedankens bedeutet einen großen Fortschritt. Ich hoffe, daß die Zeiten der alten Fioltenhege, die immer wieder die Be-

ziehungen beider Länder vergiftete, für immer der Vergangenheit angehören werden. Die Feststellungen der englischen Minister, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern zurzeit gut sind, kann ich nur bestätigen und freue mich, es tun zu können. Auch wir wollen, was Chamberlain für England fordert hat, frei und stark sein, nicht um andere zu unterdrücken, sondern um uns frei zu entfalten und wenn es Not tut, unser Wort mit dem ganzen Gewicht unserer Stärke für den allgemeinen Frieden in die Waagschale werfen zu können. Wir wollen einer ungewissen Zukunft mit gutem Gewissen entgegengehen. (Beifall bei den bürgerl. Parteien.) Ich färbe nicht schön und ich färbe nicht schwarz, beim Reichstag liegt jetzt die Entscheidung. Er wird vor der Größe der Forderungen nicht zurückschrecken. Bei jeder deutschen Militärvorlage hat es geheißt: jetzt kommt der Krieg und bisher ist der Friede erhalten geblieben. Trotz der ungeheuren Aufwendungen für unsere Rüstung haben wir uns wirtschaftlich noch nie so stark wie heute gefühlt. Die Weltgeschichte kennt kein Volk, das zugrunde gegangen wäre, weil es sich in seiner Wehrhaftmachung erschöpft hätte, wohl aber viele, die verkommen sind, weil sie über Wohlleben und Luxus ihre Wehrhaftigkeit vernachlässigt haben. (Lebh. Zust. rechts; Widerspruch bei den Soz.) Ein Volk, das nicht reich genug zu sein glaubt, um seine Rüstung instand zu halten, zeigt nur, daß es seine Rolle ausgespielt hat. (Sehr richtig! rechts.) Bedroht uns jemand Haus und Hof, dann stehen wir bereit bis auf den letzten Mann! (Lebhafte Beifall rechts, im Zentr., und bei den Natl.; Zischen bei den Soz.)  
Kriegsminister v. Heering: Die Verstärkung unserer Rüstung soll nicht einer akuten Gefahr begegnen. Nicht in der überwiegenden Zahl ist die Überlegenheit einer Armee zu suchen, sondern in der guten Organisation, Ausbildung und Führung. Aber schließlich kommt auch der ziffermäßige Vergleich unserer Wehrvorlage in Betracht. Im Kriegsfalle müßte die Ergänzung des deutschen Heeres ganz erheblich auf ältere Jahrgänge zurückgreifen und damit würden wir unsere Truppen quantitativ wie qualitativ schwächen. Zwingend ist das Bedürfnis nach Verstärkung des Grenzschutzes, das Luftfahrwesen ist aus dem Stadium vorrätigen Lastens herausgetreten, daher fordert die Vorlage eine ganz bedeutende Verstärkung der Luftstreitkräfte. Der größte Teil der Ergänzung unserer Friedensstärke an Mannschaften und Waffen soll dazu verwendet werden, die Etats der einzelnen Waffen zu erhöhen. Eine solche Erweiterung unserer Friedensarmee verlangt eine entsprechende Verstärkung an Offizieren und Unteroffizieren und als logische Folge davon eine ebenso ausreichende Verstärkung unserer materiellen Streitkräfte. Die Wehrvorlage ist keine Bedrohung unserer Nachbarn, sie will nichts anderes sein, als eine starke Bürgerhaft für den Frieden und die Weiterentwicklung von Deutschlands Arbeit, Handel und Industrie. (Beifall rechts und im Zentrum.)  
Haase (Soz.): Die Heeresvorlage fordert vom Volke ungeheure Opfer. Sie übersteigt alles, was jemals in Friedenszeiten einem Volke von einer Regierung zugemutet worden ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Angesichts einer solchen enormen Vermehrung der persönlichen und finanziellen Lasten hätte man erwarten können, daß die Regierung für so ungewöhnliche Maßnahmen auch außergewöhnliche Gründe beibringen würde. Aber was der Kriegsminister vorgetragen hat, ist im Grunde nichts anderes, als allgemeine Redewendungen, mit denen auch jede andere Militärvorlage begründet hätte werden können, und mit denen auch frühere Militärvorlagen begründet worden sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) In der Kommission soll wohl der Schleier erst gelüftet werden. Der Reichskanzler hat immer und immer wieder von der Veränderung der politischen Lage infolge des türkischen Krieges gesprochen und von den Volksstimmungen in Frankreich und in Rußland. Aber sind denn diese Volksstimmungen etwas neues?

### Anna.

Roman von Th. Mügge.

(12. Fortsetzung.)

„Ja, könnte Ihnen einige starke Gegenproben liefern, fiel er lachend ein, doch ich möchte Ihr Vertrauen nicht zu schänden machen. Der beste Beweis jedoch, daß es mir ernst ist, meine Rechte an der Gesellschaft geltend zu machen und deren Pflichten zu übernehmen, ist wohl der, daß ich in jungen Jahren mich anständig machen und alles tun will, um wenigstens den Spruch jenes Greises auch auf meinem Grabstein zu sehen: „Er lebte, nahm ein Weib und starb!“

Eine höhere Note durchließ Stephanien's Züge, aber er gab ihr keine Zeit, zu der alten Verlegenheit zurückzukehren. Er ergriff ihre Hand und hielt sie fest. „Ich muß zu Ihnen reden, liebe Stephanie, sagte er, damit es Tag zwischen uns wird, und warum sollen wir uns denn nicht über die Art verständigen, wie wir uns gegenseitig künftighin betrachten und behandeln wollen? — O! fürchten Sie nicht von mir, fuhr er mit sanfter Stimme fort, daß ich fordern könnte, was Sie mir nicht gern geben; schenken Sie mir Vertrauen, Stephanie, ich glaube, wir sind beide in dem Falle, uns dies zu beweisen, und was könnte ich verschuldet haben, daß Sie mich mit Mißtrauen, Furcht oder Haß anbliden?“

„Ich hasse Sie nicht, ich hasse niemand, sagte sie leise. Aber — was er hinzufügen wollte, verschwieg er, das eine kleine Wort klang jedoch so bedeutungsvoll, daß Stephanie den Blick zu Boden schlug und eine Bewegung machte, als ob sie ihn verlassen wollte.

Wenn Sie gehen wollen, sagte er, so mag es geschehen; oder wenn Sie mir befehlen, daß ich schweigen soll, so verspreche ich Ihnen, nie wieder von dem zu reden, was ich Ihnen mitzuteilen gedachte.

„Ich weiß es nicht, erwiderte sie, ermutigter ihn anblidend, aber ich glaube, daß ich Sie hören muß.“

Darin liegt, was uns drückt, fuhr er lebhaft fort. Sie glauben mich hören zu müssen, das ist kein Bekenntnis; aber aufrichtig, Stephanie, Sie wissen, was ich Ihnen sagen will. Das ängstigt Sie, doch ich will Sie von dieser Last befreien.

Sind wir denn nicht selbständig, sprach er weiter, indem er vertraulich ihren Arm nahm, sind wir denn nicht groß genug, um über uns zu entscheiden? — Man hat Sie willenlos gemacht, ich werde Ihren Willen beschützen. Was andere Leute wünschen und hoffen, geht uns nichts an, wir stehen uns gleichberechtigt gegenüber, und eines einzigen Wortes bedarf es von Ihnen, um mich für immer zu verdamnen. Er strich

sich das Haar von der Stirn und sah sie mit klaren Augen an. — Meine Mutter hat ein Billett geschrieben, sagte er.

Ja, erwiderte sie.

Glauben Sie dem nicht, was Sie darin lesen. Ich bin nicht gekommen, Ihnen zu sagen: geben Sie mir Ihre Hand, Stephanie, die mir seit vielen Jahren versprochen wurde; nein, ich kam, um Ihnen zu erklären, daß ich keine Ansprüche darauf mache, wenn Ihr Herz mich nicht willkommen heißt.

Sie sind gut, Gustav, Sie sind sehr gut, erwiderte sie, und ihre Augen richteten sich glänzend auf ihn.

Das war der alte liebe Ton Ihrer Stimme, sagte er freundlich. Wie tief hat es mich geschmerzt, wenn ich Sie erschrecken und vor mir fliehen sah. Lassen Sie uns die alte Freundschaft aufrichten, Stephanie. Ich weiß, daß ich Sie als Knabe oft tapfer verteidigte und immer Ihr Ritter war, warum soll ich das jetzt nicht sein?

Ich habe nie aufgehört, Ihre Freundin zu bleiben, versetzte sie, und öfter an Sie gedacht, als Sie vielleicht glauben mögen.

Haben Sie das wirklich getan! rief er, nun so bin ich dankbar und erbeuge mich dafür und will diese Freundschaft hegen und tragen, bis ich wagen darf — er hielt inne und blinzelte sie mit seinen freundlichen Augen an, dann nahm er plötzlich ihre Hand, während er den Arm um sie legte und leise flüsterte: bis diese Freundschaft mir den schönsten Lohn verheißt.

In diesem Augenblick hörten sie die laute Stimme der Frau von Grieffeld, die aus einem Seitenwege trat und ganz unbemerkt bis auf wenige Schritte sich genähert hatte. — Die Hände der beiden Liebenden trennten sich schnell, aber ihre Verlegenheit wuchs, als sie bemerkten, daß die Direktorin nicht allein war. Dicht hinter ihr stand derselbe Herr, welcher vor wenigen Stunden neben Wilberg im Gasthause gesessen und ihn so finster messend angestarrt hatte. Ehe er jedoch begreifen konnte, wie dieser Unbekannte hierher gekommen, sagte die Direktorin: Da finden wir ja das Pärchen im vertraulichen Beiseinander. Erlauben Sie, daß ich Sie bekannt mache: Herr Doktor Wilberg, der Bräutigam meiner Tochter; Herr Professor von Baben, ein Freund unseres guten Onkels und unser Freund.

Die Verwirrung und Überraschung der beiden Beteiligten wurde nach dieser plötzlichen Erklärung noch größer. Stephanie lehnte sich an Gustav und preßte seine Hand so heftig in der ihrigen, als wollte sie sich festhalten und Schutz suchen, dann vernicelte sie sich langsam, als der Fremde mit tiefer klangvoller Stimme ihr Glück wünschte, indem er zugleich sich an den bestürzten Bräutigam wandte, der in eine Art Betäubung versunken zu sein schien.

Der Name Baben hatte kein Blut ihm ins Gesicht getrieben und ihn in eine Aufregung versetzt, welche er vergessens zu beherrschten strebte. Ein paar höflich kalte Fragen, welche der Professor tat, wurden von ihm kaum verstanden und leicht beantwortet. In einem unerwarteten Augenblick sah er sich plötzlich zum Bräutigam gemacht durch das rasche Wort einer Frau, der er unumgänglich widerprechen konnte; zu gleicher Zeit trat noch unerwarteter ein Mann vor ihn hin, der, wie sein böses Gewissen ihm aufklärte, sein Gegner und sein Feind war von der Stunde an, wo er ihn zuerst erblickte.

Stephanien's Mutter machte dieser peinlichen Minute ein Ende, in dem sie ihren erwählten Schwiegersohn und ihre Tochter an den Armen ergriff und beide fortführte. Gehen wir in den Garten, sagte sie, es wird kühl, ich habe den Tee dorthin bestellt. Ihre Mutter ist gekommen, lieber Gustav, mein Mann wird auch bald erscheinen, der Onkel unterhält sich schon seit einer halben Stunde mit Auf- und Abmarschieren, Herr von Baben fand dies wohl mit allem Recht nicht interessant genug und suchte Euseb im Garten auf, wo ich in derselben Absicht mit ihm zusammentraf.

Ich bitte um Entschuldigung, erwiderte der Professor, wenn ich es wagt hier einzutreten. Ich suchte den Herrn Major in seinem Zimmer auf, man sagte mir, daß er im Garten sei, die Tür stand offen —

Und statt des Onkels fanden Sie unerwartete Gesellschaft, fiel die Direktorin ein.

In der Tat, ja.

So geht es, fuhr sie lächelnd fort, aber ich sehe einen Florstreifen um Ihren Hut. Sie haben Trauer.

Ich habe meinen Vater verloren.

Mein Gott, ich beklage Sie von Herzen. Onkel Tobias, der alte Freund Ihres Vaters, wird aufs Außerste betruibt sein.

Er muß es seit wenigstens einer Woche wissen, da ich ihm schriftlich die Anzeige machte, sagte der Professor.

Er hat uns keine Silbe davon mitgeteilt, versicherte die Frau von Grieffeld; gewiß hat er Ihren Brief gar nicht erhalten.

Oder er hat davon aus dem Grunde geschwiegen, erwiderte der junge Mann, weil manche Umstände stattfanden, die mich bewogen ihn zu bitten, vorläufig über die näheren Ergebnisse des Unfalls, der den Tod meines Vaters veranlaßte, nicht zu sprechen.

Wollte ein Unfall zug seinen Tod herbei? fragte die Dame.

Er stürzte mit dem Pferde und ward sterbend nach Hause gebracht.

(Fortsetzung folgt.)

(Sehr richtig! bei den Soz.) Wurde der Reichskanzler das nicht schon ebenso gut im vorvorigen und vorigen Jahre? Der Reichskanzler hat auch heute wieder betont, daß unsere Beziehungen zu England sehr gute seien. Beide Regierungen haben, wie wir eben vernommen haben, im Einvernehmen gehandelt und einen Weltkrieg verhindert. Die Wölfe des Mittelmeeres diesseits und jenseits des Kanals verzehren sich, das Vertrauen steigt, wurde gesagt. Sehr interessant war, daß der Kanzler auch zugestanden, daß ein Freijahr in den Marinebauten, das Churchill eingelegt wissen will, einen Fortschritt bedeuten würde. (Hört, hört! bei den Soz.) Meine Partei hat immer wieder darauf gedrungen, daß die Regierung mit England Verhandlungen anknüpfen und Vorhänge zu einer Verständigung machen sollte. Wir wurden als Utopisten verspottet und heute muß derselbe Reichskanzler, der sich auf diesem Spott beteiligte, zugeben, daß das, was in der Richtung unserer Forderungen liegt, als Fortschritt zu bezeichnen ist. Die Zwangsposition, daß der Krieg mit England unvermeidlich ist, läßt sich immer mehr, und auch die Legende eines Geheimabkommens zwischen England und Frankreich ist von Grey vor dem englischen Parlament gründlich zerstört worden. Bei früheren Rüstungsvorlagen hieß es immer, wir würden unsere Rüstung einschränken können, wenn sich eine Entspannung zwischen England und Deutschland herbeiführen ließe. (Hört, hört! bei den Soz.) Dieser Zustand ist heute eingetreten. Man müßte also logischerweise eine Einschränkung der Rüstung erwarten. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Statt dessen erhalten wir eine Heeresvorlage von einer Maßlosigkeit ohne gleichen. Der Militarismus hat eben seine eigene Logik. (Sehr gut! bei den Soz.) Der Kanzler führt uns die große Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen der slavischen und der germanischen Welt vor Augen, um seine Vorlage zu begründen. Hört man ihn, so müßte man glauben, die Balkanvölker hätten ein germanisches Volk niedergeschlagen, und nicht das osmanische Reich. All den Prophezeiungen, daß die Balkanvölker mit den anderen Slaven gegen uns vorgehen könnten, stehen wir skeptisch gegenüber. Zunächst steht nur das eine fest: Der Sieg im Balkankriege hat für die Balkanvölker selbst erschreckende Verluste an Gut und Blut mit sich gebracht. Es wird viele Jahre erfordern, um die Völker erst wieder zu kräftigen; sie scheiden also zunächst als Machtfaktor aus. Und mit keinem Worte ist erwähnt worden, daß Rumänien, der treueste Freund des Dreibundes gestärkt da steht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dazu kommt, daß die Reibungen zwischen Bulgaren und Griechen nicht aufgehört haben und daß die latenten Differenzen über die Teilung der Beute zwischen Serben und Bulgaren nun akut werden. (Hört, hört!) Wie kann man da von dem Balkanbund gegenwärtig als von einem neuen Staategebilde sprechen, das sein Gewicht in die Waagschale gegen den Dreibund werfen könnte. Und weiter, sind denn die Griechen Slaven? Glaubt der Reichskanzler wirklich, daß sie bei einem Kampfe zwischen Germanen und Slaven, der ja eine rein phantastische Vorstellung ist, begeistert auf die Seite der Slaven treten würden? Auch ist durchaus nicht ausgemacht, daß der Balkanbund, wenn er sich wirklich zu einem einheitlichen Staategebilde entwickelt, in Gegensatz zum Dreibund tritt. Soweit das Deutsche Reich in Betracht kommt, wird das von seiner Politik abhängen, und wenn Oesterreich die Versuche unternimmt, die Serben wirtschaftlich zu erwürgen, so ist die Gefahr einer ernstlichen Verwickelung zwischen Oesterreich und Serbien beseitigt. Das deutsche Volk würde es in seiner überwältigenden Mehrheit ablehnen, für die Machtgier einer österreicherischen Prestige-Politik in den Kampf zu ziehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Man hat behauptet, wir müßten unser Heer verstärken, weil Frankreich die dreijährige Dienstzeit einführt. Wer das behauptet begeht Falschmünderei. Ohne unsere Heeresvorlage würden die Franzosen nie an die dreijährige Dienstzeit gedacht haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Propaganda der französischen Heerführer für die dreijährige Dienstzeit hatte vollständig Fiasko gemacht. Erst als unsere Heeresvorlage in der „Post“ angekündigt wurde, bekamen die französischen Chauvinisten Wasser auf ihre Mühlen. Gewiß gibt es in Frankreich Chauvinisten, der Reichskanzler hat nur vergessen hinzuzufügen: wie bei uns auch. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Arbeiterklasse in Frankreich ist genau so friedlich gesinnt wie die in Deutschland. Mit einer Entschiedenheit, die nicht übertroffen werden kann, hat die sozialdemokratische Partei, haben die Gewerkschaften in Paris und ganz Frankreich eine Verständigung mit Deutschland gefordert. (Abg. v. S a m p: Was hat das genügt?) Der Erfolg hat sich schon darin gezeigt, daß die Einführung der dreijährigen Dienstzeit hinausgeschoben worden ist, und daß der Widerstand gegen sie immer größere Fortschritte macht. (Hört, hört! bei den Soz.) Am 1. März sind in Deutschland und in Frankreich ein gemeinsames Manifest der Sozialdemokratie in Millionen von Exemplaren verbreitet worden. Der Reichskanzler sagt, die Macht der öffentlichen Meinung habe zugenommen, aber gerade in demokratischen Ländern kann eine Minderheit die Massen in den Krieg hineintreiben und die Regierung mit sich fortziehen. Er sollte aber nicht lediglich von einer französischen Minderheit sprechen. Wie ist denn bei uns? Die Militärvorlage ist ein Produkt der Agitation des Wehrvereins und der altpatriotischen Blätter. Der Reichskanzler ist dieser kleinen Minderheit unterlegen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Er sollte also nicht an demokratische Länder denken, sondern an sich selbst, an unser Reich, und sich fort machen gegen solche Heer. (Sehr gut! bei den Soz.) Nur ein paar Zitate als Beweis dafür, wie die Chauvinistenwut in Frankreich von deutscher Seite gehärtet werden. In einem altpatriotischen Blatt hat jüngst gestanden: „Auf die eine oder andere Weise muß mit Frankreich abgerechnet werden.“ (Hört, hört! bei den Soz.) In einem andern Blatte hieß es: „Frankreich muß so völlig niedergeworfen werden, daß es uns nie wieder in den Weg treten kann.“ (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Dazu hätte man sich die „Kölnische Volkszeitung“ vor Augen. Dann braucht man sich nicht zu wundern, daß aufgeregte Kreise in Frankreich an einen deutschen Überfall glauben. Die aufgeregten Gemüter haben sich nun einigermaßen beruhigt und zwar im wesentlichen durch das verhängnisvolle Verhalten der Bevölkerung von Tilsit-Vorlesungen. Alle Parteien haben dort ausgeprochen, daß sie keinen Krieg wollen. Die wichtige Fragestellung der sozialistischen Fraktion des etwa löhrringigen Landtages hat auf die Besondere-Politiker in Frankreich abfällige Rücksicht gewirkt, wie die gewalttätige Art der französischen Behörden in Paris geistig hat. Niemals war die Situation in einer so gefährlichen Lage mit Frankreich so günstig wie jetzt. Von dem droht uns also kein Angriffskrieg. Mit England ist unser Verhältnis jetzt intus. Wenn denn die Heeresvorlage? Soll man wegen Stürmi ein Weltkrieg entzünden? Die europäischen Regierungen werden sich vor der Weltlage nicht auf die Augen schließen können und es würde ein großes und unvorstellbares Unglück sein, wenn wegen eines kleinen Zerfalls eines Weltkriegs herbeizuführen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch unsere Beziehungen zu England sind nach dem Reichstagesende gut. Die Bedeutung der parlamentarischen Streitigkeiten in England hat der Kampf ganz erheblich abgenommen. Aber ganz abgesehen davon entwickelt sich England und dem und nicht nach unten. Es treibt in England eine Fortschritt. Die englischen Arbeiter aber denken an keinen Krieg, sie wollen zunächst mit dem pazifistischen Kampfe aufhören. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aus dem Zusammenhang des Reichstages werden deutlich neue Streifen gegen den Militarismus, und diese Kampfer haben sich nicht

durch auswärtige Abenteuer von ihrem Freiheitsgedanken abbringen. (Beifall bei den Soz.) Würde Russland einen Krieg wagen, es würde ihm ebenso gehen, wie beim Kriege mit Japan und eine Revolution würde heraufbeschworen, deren Folgen nicht abzusehen ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch die Verschiebung der Machtverhältnisse durch den Balkankrieg allein kann nicht der Grund für die Vorlage sein. Man will Selbstbestimmung schaffen für imperialistische Eroberungspolitik. (Sehr wahr! bei den Soz.) Deshalb kann von einer friedlichen Tendenz der Vorlage keine Rede sein. Heute hat der Reichskanzler gesagt, die Regierung handele unverantwortlich, wenn sie nicht bis zum äußersten für den Krieg rüste. Im vorigen Jahr aber hat derselbe Reichskanzler erklärt, Deutschland sei schon damals kriegsbereit gewesen. Auch der Kriegsminister hat nach der Annahme der damaligen Heeresvorlage gesagt, damit sei die Sicherheit des Reichs garantiert! Weshalb dann auf einmal diese wahnwitzigen Opfer? Noch im Dezember 1912 versicherte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, daß nur ein Nachtragset mit Forderungen für Luftschiffe und Flugzeuge kommen würde. (Hört hört!) Damals hatte sich die Verschiebung der Verhältnisse auf dem Balkan schon vollzogen. Deshalb kann diese Verschiebung nicht die wahre Ursache sein. Die Regierung ist auch der Hege der Panzerplattenpresse bis zum Anfang dieses Jahres entgegengetreten, bis sie dieser Hege erlag und bis der Reichskanzler und der Kriegsminister vor dem Wehrverein und dem Generalstab die Segel streichen mußten. Da wurden auf einmal gewaltige Mehrforderungen für notwendig erklärt, nachdem auch die höchste Stelle die Entscheidung zugunsten des Generalstabs gestellt hatte. Ist das auch alles richtig, dann fallen alle Ausführungen des Reichskanzlers in nichts zusammen. Und das es richtig ist, zeigt die Dürftigkeit der vom Kriegsminister vorgetragenen Gründe. (Sehr richtig! bei den Soz.) Noch nie hat in einem Parlament ein Kriegsminister eine solche Vorlage so nichtigend zu begründen versucht; kein Wort davon, warum noch vor wenigen Monaten diese Forderungen für die Sicherheit des Reiches nicht notwendig waren. Am 22. Februar 1911 hat er die damalige Vorlage als den Niederschlag aus jahrelangen Erfahrungen, als letzte Mehrforderung für absehbare Zeit hingestellt. Jetzt aber fordert er alles, was der Wehrverein in seinen Forderungen verlangt. Wenn sich die Volksvertretung nicht von unverantwortlichen Politikern ins Schlepptau nehmen lassen will, muß sie ein energisches Nein sprechen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das Zentrumblatt „Germania“ schrieb noch im Januar, daß kein Mensch in Deutschland sich eine solche Vorlage zu eigen machen könnte. Die „Kölnische Volkszeitung“ bezeichnete die Inhaltsangabe der Vorlage in der „Post“ als hysterisch verwirrte Phantasie. Was wird Herr Spahn nachher sagen? Und was für Worte fanden früher die Freimüthigen gegenüber Militärvorlagen von viel geringerem Umfang! Von den Nationalliberalen, hinter denen die rheinischen Großunternehmer stehen, die die Profite aus dieser Vorlage ziehen werden, erwarten wir ja nichts anderes, als daß sie sie annehmen. Jeder Gegner des Imperialismus aber muß sie verwerfen. Alle militärpflichtigen jungen Leute sollen Mann für Mann aus der Luft des selbständigen Denkens in die dumpfe Kasernenatmosphäre gesteckt werden. Hat doch die „Kreuzzeitung“ am 30. März die Erziehung in der Armee das stärkste Gegengewicht gegen die revolutionären Strömungen in der Volkssee genannt. Alles läuft schließlich darauf hinaus, daß man das Heer als Instrument zur Niederhaltung der vorwärts- und aufwärtsstrebenden Arbeiterklasse gebraucht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Handelt es sich nur um unsere Landesverteidigung, dann brauchen wir den ganzen Militarismus nicht. (Lebh. wiederholte Zustimmung bei den Soz., Lärm rechts und im Ztr.) Gerade wir Sozialdemokraten haben mit freudiger Bewunderung in diesem Jahr an die große Volkserhebung von 1813 gedacht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aber die Sieger über der fremden Eroberer waren nicht militärisch geschult. Wäre es damals nach der Regierung und den Junkern gegangen, dann wäre die große Befreiungstat niemals Wirklichkeit geworden. (Widerspr. rechts.) Das hat doch der damalige Kriegsminister v. Bopen festgestellt; die Adligen beteiligten sich nicht selbst an den Kriegshandlungen und fürchteten die Rache der eigenen Landsleute ebenso wie die Napoleons. So wandte sich damals ein preussischer Kriegsminister gegen den Adel. (Abg. Ledebour: Das kommt jetzt nicht mehr vor!) Er wurde ja auch deshalb in die Wüste geschickt. (Sttt.) Nur ein bis zwei Monate militärischer Ausbildung hatten damals die jungen Preußen, haben später die nordamerikanischen Freiheitskämpfer genossen und über die militärischen Leistungen der Schweizer Miliz haben sich der Kaiser und auch das „Militärwochenblatt“ höchst lobend ausgesprochen. Diese Miliz wird aber in 173 bis 198 Tagen ausgebildet. Generalleutnant v. Pöhlmann hat einmal gesagt, er könne in 16 Monaten jeder Soldaten vollkommen selbständig ausbilden. (Hört! hört! b. d. Soz.) Und ein preussischer Kriegsminister erwiderte ihm, daß er es schon in 8-10 Monaten könne, freilich jedoch er nachher, daß die nötige Disziplin nur in langjähriger Dienstzeit zu erlangen sei. (Sturm. Hört, hört! b. d. Soz.) Damit war der Gehorsam gemeint, mit dem es gegen den inneren Feind gehen und auf Vater und Mutter geschossen werden soll. (Großer Lärm rechts und im Ztr.) Das Wort vom Schießen auf Vater und Mutter hat sich tief eingepflanzt in die Brust des deutschen Arbeiters. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Die Einjährig-Zweijährigen beweisen, daß eine kürzere Dienstzeit genügt; sind sie denn nun vornehmlich für den Militärdienst geeigneter, als z. B. unsere Bauernjöhne, die mit den Pferden aufwachsen? Was heute gegen die einjährige Dienstzeit vorgebracht wird, ist jederzeit auch gegen die zweijährige vorgebracht worden. Würden die Söhne der Besessenen auch drei Jahre in der Kaserne dienen müssen, dann würden sie selbst für Verkürzung der Dienstzeit eintreten. Die geplante dreijährige Dienstzeit in Frankreich kennt keine Ausnahmen, entspricht also der Gerechtigkeit. Wären Sie schon die Jugend militärisch aus, freilich nicht zum Paradebienst, dann können Sie die Dienstzeit verkürzen. Freilich, der brutale Terrorismus der preussischen Regierung gegen die Arbeiterjugend führt nicht zum Ziel. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Vizepräsident Dove: Der preussischen Regierung dürfen Sie nicht brutalen Terrorismus vorwerfen!

H a s e (fortfahrend): Das Wehrtrüben muß schließlich über sich selbst hinaus treiben und in das Militärische umlagern. Schließlich werden Ihnen die Mittel ausgehen, glauben Sie denn, daß der Wehrbeitrag mit Begeisterung gezahlt wird? Auf den Raub folgt der Katzenjammer! — Hindenburg und Prinz Wilhelm von Preußen, der spätere Kaiser, sowie eine Reihe von Kriegsministern haben ausgesprochen, daß die Heranziehung aller wehrfähigen Mannschaften unabweisbar die Kosten veranzusetzen würde. Wenn man dem Volk so ungeheure Lasten auferlegt, müßten doch auch Gegenleistungen geboten werden. Aber nichts davon! Keine Verkürzung der Dienstzeit, keine Änderung des Militärgesetzes, das eine Scheidewand zwischen Zivil und Militär errichtet und dessen Urteile immer mehr den Volksgenossen widerstreben, keine Begeisterung all des überflüssigen Krams! Deutschland gibt jetzt schon für Heer und Flotte jährlich 1,7 Milliarden Mark aus, England 1,47 Milliarden Mark und Frankreich 1,21 Milliarden Mark. Sogar die „Kölnische Volkszeitung“ erklärte, daß die Rüstungslasten auf das höchste Maß getrieben sind. Und dazu nun noch eine Millionäre einmündiger Ausgaben und 156 Millionen

jährlich mehr! Niemals ist ein falscherer Satz aufgestellt worden, als der, daß, wer Frieden haben wolle, zum Krieg rüsten müsse. Der Zentrumsführer Reichensperger hat angeführt, daß, wenn man den Krieg nicht wolle, man nicht rüsten dürfe, und wenn man den Frieden wolle, man den Frieden bereiten solle. Die Rüstungen erzeugen Misträuen, das Misträuen wieder Rüstungen. Nicht wegen, sondern trotz der Rüstungen ist es möglich gewesen, den Krieg noch hinauszuhalten. Welches Volk meinte der Reichskanzler, als er von Wohlleben und Luxus sprach? Das deutsche etwa, das unter der furchtbaren Leuerung leidet? Nicht bloß die physische Tüchtigkeit, sondern die kulturelle Tätigkeit muß den Maßstab für die moralischen Kräfte eines Volkes bilden, dann aber ist diese Vorlage ein Schlag in das Gesicht des Volkes der Dichter und Denker! Wenn man sagt, Kanonen und Offiziere wären wichtiger, als die Professoren an den Universitäten, so ist das ein Zeichen des Abtriegs. Machen Sie das Volk tüchtig durch besseren Arbeiterlohn, durch Verbesserung des Wohnungswezens, durch Befreiung der ungünstigen sozialen Zustände und dann wird es den heimatischen Boden zu schützen in der Lage sein. Vor 100 Jahren rief Fichte der deutschen Nation zu: „Wir wollen ein wahrhaftes Reich des Rechtes, wie es noch nie in der Welt erschienen ist, mit aller Begeisterung für Freiheit des Bürgers, die wir in der alten Welt erblickten, für Freiheit, begründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenanständig trägt.“ Wenn diese Gedanken uns erfüllen, dann werden wir uns nicht stark machen, um über einander herzufallen, sondern dann wird unser ganzes Streben sein, die Zivilisation zu fördern, den Frieden und die Freiheit der Völker. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Dr. Spahn (Z.) — fast unverständlich — hätte vom Kriegsminister eine eingehendere Begründung erwartet. Das Bündnis mit Russland und England stärkt die Kriegslust in Frankreich. Des Reichskanzlers Bemerkungen über den Ausfall der Türkei aus dem europäischen Kräfteverhältnis sind richtig. An den Übergang zur Miliz können wir allein ohne die anderen großen Staaten nicht denken. (Die weitere Rede bleibt unverständlich.)

v. Liebert (Rp.) beglückwünscht den Reichskanzler zu dieser Vorlage, bebauert, daß sie nicht zur Zeit der Marokkokerise gekommen ist; sie ist getragen von der Volksstimmung. (Große Heiterkeit bei den Soz., denen der Redner zuzurufen, daß er sie nicht zum deutschen Volke rechne! Gelächter.) Wie stellen sich nur die Sozialdemokraten zur Jahrhundertfeier! Napoleon war ein Blutsauger und Ausbeuter, den Abg. Wendel in einem Frankfurter Vortrag verherrlicht hat. Sogar Arbeiter schließen sich dem Wehrverein an. Im Interesse der Deutschen gegen die Slaven akzeptieren wir beigestiftet die Vorlage. (Beifall rechts.)

Behrens (Wg.) schließt sich an. Die Vorlage führe die allgemeine Wehrpflicht durch.

Wendel (SD.) erklärt persönlich Lieberts Behauptung gegen ihn für unwahr, wofür allerdings dem Reichsverbandsvorsitzenden mildernde Umstände zukommen. (Heiterkeit.)

Dienstag 1 Uhr Weiterberatung.

Schluß 6 1/2 Uhr.

### Gegen Rüstungswahn und Volksbelastung.

Demonstrationsversammlungen gegen die neuen Militärvorlagen wurden in den letzten Tagen in einer ganzen Anzahl von Städten und Orten abgehalten. Eine gewaltige Demonstration veranstaltete die Arbeiterklasse von Elberfeld-Barmer am Sonntag auf dem in der Mitte der Stadt Elberfeld erhöht liegenden sogenannten Exerzierplatz. Es mögen hier 12-15 000 Teilnehmer versammelt gewesen sein. Von verschiedenen Rednertribünen sprachen zu gleicher Zeit und abwechselnd die Reichstagsabgeordneten Ebert und Haberland, der preussische Landtagsabgeordnete Hirsch, sowie Genosse Wilhelm Gewehr-Elberfeld. Die Ausführungen aller Redner wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Irgend welche Zwischenfälle wurden nicht verzeichnet, da sich die Polizei, die nur durch einzelne Beamte vertreten war, vollständig neutral verhielt.

Weitere Demonstrationen fanden teils unter freiem Himmel statt für den Wahlkreis Lennep-Kemscheid-Mettmann in den Orten Velbert, Neviges, Mettmann, Cronenberg, Haan, Kemscheid, Borsdorf, Burg, Dabringhausen, Lennep, Dörpershöh, Krähwinklerbrücke, Dreibaumen, Lüttringhausen, Kadewormwald und Hückeswagen. Von allen Orten wird gute Beteiligung berichtet. Ebenso aus dem Wahlkreis Hagen-Schwelm, wo in Gevelsberg, Wilspe-Hörde, Bommern, Herbede, Wetter und Schwelm überall vorzüglich verlaufene Demonstrationsversammlungen stattfanden.

In Essen-West und in Essen-Rüttenscheid wurden am Sonntag zwei imposante Volksversammlungen abgehalten. Die Polizei hatte unnötig große Vorbereitungen getroffen.

In Württemberg fanden in den letzten Tagen in zahlreichen Städten ebenfalls zum Teil massenhaft besuchte Protestversammlungen gegen das aberwitzige Rüstungstreiben statt. In Stuttgart und in Cannstatt wurde in den zum Beschluß erhobenen Resolutionen neben der entschiedenen Ablehnung der Rüstungsvermehrung auch die Verwerfung jeder Deckungsvorlage von der Reichstagsfraktion erwartet. In den übrigen Versammlungen wurde der Kundgebung der deutschen und französischen Parlamentsvertretung zugestimmt, wonach die Sozialdemokratie im Falle der Annahme der Rüstungsvermehrung durch die bürgerliche Mehrheit des deutschen Reichstags alle Kraft aufbieten wird, um die Lasten den Besitzenden aufzubürden. In den Deckungsvorschlägen der Regierung wird keine annehmbare Besitzbesteuerung erblickt.

### Aus der Partei.

Gemeindegewähltag. In Gayspe bei Hagen i. Westfalen wurden bei der am Donnerstag stattgehabten Ergänzungswahl zur Stadtverordnetenversammlung drei weitere sozialdemokratische Stadivernordnete gewählt, trotzdem die Gegner alle Hebel in Bewegung gesetzt hatten und obwohl nach einer anderthalb Jahre alten Wählerliste gewählt wurde.

„Standalös“ — eine Beleidigung. Der verantwortliche Redakteur des Saalfelder „Volksblattes“, Genosse Jörn, wurde vom Schöffengericht zu 20 Mk. Strafe verurteilt. Durch einen Bericht über die Mißhandlung einer Zivilperson durch einen Schutzmännchen fühlte sich dieser Schutzmännchen beleidigt. Obwohl nach den Zeugenaussagen der Amtsanwalt selbst die Freisprechung beantragte und das Gericht den Wahrheitsbeweis für erbracht hielt, erfolgte doch Verurteilung, weil in dem Worte „standalös“ eine formale Beleidigung gefunden wurde. Interessant ist, daß ein Salzungsbürgerlicher Redakteur, der die Volksblattmilitz nach

gedruckt hatte, vom Salzunger Schöffengericht freigesprochen wurde, weil er im guten Glauben gehandelt habe. Dort hatte der Amtsanwalt Bestrafung verlangt und das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis nicht für erbracht; trotzdem Freispruch!

**Wegen angeblicher Beleidigung mehrerer Bediensteten der Zeche „Rheinpreußen“** wurde Genosse Schoch von der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“ in Duisburg im Sommer vorigen Jahres vom Schöffengericht in M'rs zu 750 Mk. Geldstrafe verurteilt. In einer zweitägigen Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts Cleve als Berufungsinstanz hatte sich um dieser Tage Genosse Schoch erneut zu verantworten. Die beiden Anwälte der Zeche forderten unter scharfen persönlichen Ausfällen (diese sind einem Sozialdemokraten gegenüber ja immer wirksam) die Aufhebung der Geldstrafe und Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe. Sie hatten Erfolg. Genosse Schoch wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

**Der gefahrbringende Maimzug.** In Paderborn hat der Oberbürgermeister Dr. Gerhardt ein Gesuch der sozialdemokratischen Parteileitung um Genehmigung eines Maimzuges abschlägig beschieden, weil aus seiner Veranstaltung eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten sei. Das begründet das Palatbeständiger Polizei- und Stadtoberhaupt folgendermaßen: „Der 1. Mai fällt in diesem Jahre auf einen kirchlichen Feiertag, dem seit jeher von dem größten Teile der Bevölkerung eine besondere Bedeutung beigegeben wird, und der dazu bestimmt ist, der Erbauung und inneren Sammlung zu dienen. Die Veranstaltung eines lediglich der politischen Agitation im großen dienenden Umzuges an diesem Tage ist nicht nur geeignet, diejenigen, welche den Feiertag in hergebrachter Weise zu begehen gedenken, in ihrem Empfinden aufs schwerste zu verletzen, sondern auch dazu angetan, den Rechtsfrieden überhaupt zu erschüttern. Die sich daraus ergebenden Gegensätze in Verbindung mit der demnächst verstärkter einsetzenden Agitation für die Wahlrechtsänderung, bei der das Bestreben vorherrscht, die Gemüter in Erregung zu bringen, machen die Gefahr, daß es auf Seiten der Teilnehmer an dem Aufzuge und deren Mitläufern zu Übermütigkeiten, die öffentliche Sicherheit bedrohenden Ausschreitungen kommen kann, zu einer besonders nahen.“ — Man muß sich nur immer wieder wundern, mit welcher Selbstverständlichkeit preussische Beamte alle möglichen Kombinationen zu Papier zu bringen verstehen. Der Sozialdemokratie trauen sie alle nur denkbaren Schandtaten zu und — schrumm, haben sie auch schon eine oder mehrere zur Hand, die ein Verbot „rechtfertigen“.

**Beichtstuhl und sozialdemokratische Presse.** In Bayern hat man ein homogenes Ministerium: in Baden den — Beichtstuhl, um dem unvermeidlichen Kampfe gegen den Aufsturz den nötigen Nachdruck zu verleihen. In welcher klandestiner Weise man z. B. gegen die „Freiburger Volkswacht“ seit ihrem noch nicht zweijährigen Bestehen auf der Kangel und im Beichtstuhl vorgegangen ist, das steht in der Geschichte des Merkmalen Kampfes gegen die sozialdemokratische Presse einzig da. Jetzt halten Missionare, die von Zeit zu Zeit in katholischen größeren Orten sogenannte Missions-Andachten ins Werk setzen, sogar ein Kommissium ab, was sie in der Beichte mit den Abonnten dieses Teufelspapiers beginnen. Ein solcher Beschluß wurde von dem katholischen Stadtpfarrer Dr. Huber in Furtwangen in seiner Kirche bekannt gegeben. Er lautet:

„Wir Missionare und Pfarrer waren einstimmig der Ueberzeugung, daß die sozialdemokratische Presse eine große Gefahr für Glaube und Sittlichkeit der Katholiken bedeutet, und daß darum unbedingt vom Beichtstuhl verlangt werden muß, diese Gefahr funktionslos zu machen. Wer dieser Forderung, die nicht aus politischen, sondern lediglich aus seelsorgerischen Gründen erhoben wird und erhoben werden muß, sich nicht fügen will, ist der Absolution unwürdig.“

Da die Absolution von begangenen Sünden der eigentliche Zweck der Beichte ist, und in Furtwangen allein 180 Arbeiter und Geschäftsleute auf die „Volkswacht“ abonniert sind, kann man sich denken, daß ein solcher Beschluß eine förmliche Kampfansage gegen das sozialdemokratische Blatt bedeutet. Unser Freiburger Parteiorgan beantwortet ihn mit der Anforderung an seine katholischen Leser: „Bleibt der Beichte fern!“ — Bis zu welcher Höhe der Terrorismus der katholischen Geistlichen gedeihen ist, beweist der nachstehende, erst jetzt an die Öffentlichkeit gelangte Brief eines anderen badischen Pfarrers, der in Gailmannsweiler in der Bodenseeregion für die ultramontane Presse, wie folgt, agitiert:

„Ich lade Sie hiermit nochmals freundlichst ein, ein katholisches Blatt zu halten. Sie sind jetzt noch die einzige Familie in meiner Pfarrei, in welcher kein katholisches Blatt ist. Jedes Mitglied des Volksvereins hat eine katholische Zeitung hier, aber Sie noch nicht. Auch alle anderen Familien haben für das 1. Quartal 1913 ein katholisches Blatt, sogar solche, die bisher keines gehabt haben. Ich möchte Sie deshalb nochmals bitten, ein katholisches Blatt zu bestellen. Es ist noch Zeit.“

Gailmannsweiler, 22. Dezember 1912.

Es grüßt Sie freundlichst

Ihr G. Weber.

Der Kampf für Wahrheit und Recht wird derzeit von den angeblichen Stützen von Thron und Altar mit allen Mitteln geführt; nur gut, daß die Sozialdemokratie genügend Wege kennt, um dieser skrupellosen Agitation entsprechend zu begegnen.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Bildhauerstreik in Leipzig.** Infolge Scheiterns der Tarifverhandlungen mit der Bildhauer-Zwangsgewerkschaft stellen am Freitag 63 Bildhauer Leipzig die Arbeit ein. Am Vermeidung des Zugriffs wird gebeten.

**Ausdehnung des Binnen-Schiffahrts-Streiks.** In Schönebeck a. Elbe haben sich am Freitag die Hafenarbeiter der Expedition, des städtischen Lagerplatzes und vom Bollwerk mit den streikenden Binnen-Schiffahrts-Solidarität erklärt und die Arbeit niedergelegt. Infolgedessen ruht in Schönebeck der Hafenbetrieb vollständig.

**Hingegardisten in Krefeld.** Den mehreren Hundert Schutzleute und Gendarmen, welche bei Aufhebung der Absperrung ohne jeden äußeren Grund in die Seidemetropole des Niederrheins, Krefeld, kommandiert wurden, sind jetzt jene berufsamtigen Streikbrecher, die von den bekannten Bureau aus von Ort zu Ort verkauft und transportiert werden, auf dem Fuße gefaßt. Da, wie nachgewiesen, unter jenen Hingegardisten in fast allen früheren Fällen sich das gefährlichste Gesindel — Zuchthäusler, Zuhälter usw. — mit befand, wird die Krefelder Bürgerschaft künftig alle Ursache haben, um ihre Sicherheit besorgt zu sein. Selbstverständlich steht die Staatsautorität ihre Macht ein, damit jene Hingegardisten ihr sauberes Handwerk ungehindert ausüben können. Im übrigen steht die Sache der kämpfenden Färber außerordentlich günstig. Der Verrat der christlichen Führer blieb wirkungslos. Es haben sich nur 30 christliche Färber gefunden, die zu Streikbrechern geworden sind. Alle übrigen

kämpfen weiter. Ein Teil ist zum Deutschen Textilarbeiterverband übergetreten. Auch aus den Weberkreisen sind gegen 180 Abtritte zu verzeichnen. Die Führer des christlichen Verbandes machen verzweifelte Anstrengungen, um ihren Mitgliedern ihr elendes Verhalten zu maskieren. Daß die Hingegardisten in der Seidenfärberei die gelehrten Färber irgendwie ersetzen könnten, ist vollständig ausgeschlossen. In einem Betriebe wurden diese aus den bekannten Ursachen vom Unternehmer bereits wieder herausgeworfen. In einer anderen Fabrik wurden die wenigen christlichen Streikbrecher und die Hingegardisten gemeinsam entlassen und damit die Färberei wieder zum Stillstand gebracht. Die Zuziehung jener Elemente wird lediglich enorme Schädigungen für die Unternehmer und Belästigungen der Einwohner Krefelds zur Folge haben. Der Kampf geht ungeschwächt weiter und wird vom Textilarbeiterverband durchgeföhrt werden.

## Die Volksfürsorge — am Aufbau!

Noch nie sind die Gegner des Aufbaues sozialer Einrichtungen auf demokratischer Grundlage derart in Bestürzung und Angst gelehrt worden, wie durch den Beschluß der Gewerkschaften und Genossenschaften, die „Volksfürsorge“ zu errichten. Die Gegner entfalten eine fieberhafte Tätigkeit! Wo immer sich ihnen Gelegenheit bietet, in Stadt und Land, in Vereinen und Versammlungen gegen die „Volksfürsorge“ zu agitieren, geschieht es. Ein Heer von Literaten müht sich fast täglich ab, in Artikeln und Notizen in den kapitalistischen Zeitungen, je nach ihrer Färbung, entweder für die bestehenden kapitalistischen Lebensversicherungs-Aktiengesellschaften oder für die gegründeten „nationalen“ Volksversicherungen Propaganda zu machen. Kein Tag vergeht, an welchem nicht in der kapitalistischen Presse die „Volksfürsorge“ in der schmähtlichsten Weise verurteilt wird. Vereine werden gegründet, um Versicherungsnehmer gegen die „Volksfürsorge“ zu sammeln, und sie dann einer der „nationalen“ Gesellschaften zuzuföhren.

Um der „Volksfürsorge“ zuvorzukommen, haben einige große kapitalistische Versicherungs-Aktiengesellschaften das ganze Heer ihrer Agenten, auch diejenigen, welche bisher nur für die große Lebensversicherung arbeiteten, in den Dienst ihrer Volksversicherungs-Abteilung gestellt. Die Provisionen der Agenten sind erhöht worden.

Die Maßnahmen der Gegner sind nicht ohne Erfolg geblieben; im Monat Februar hat die „Victoria“ 14 000 Volksversicherungen, statt 10 000 im gleichen Monat des Vorjahres abgeschlossen. Das ist leider ein Beweis dafür, daß die Maßnahmen der Arbeiterpresse, noch etwas Geduld zu haben, und die beabsichtigte Versicherung bei der „Volksfürsorge“ nach deren erfolgter Genehmigung abzuschließen, nicht allseitig von der Arbeitererschaft beherzigt wurde. Die Genehmigung der „Volksfürsorge“ wird voraussichtlich nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Um so mehr gilt es jetzt, die Vorarbeiten für den Aufbau der Organisation der „Volksfürsorge“ in den einzelnen Orten in die Hand zu nehmen. Entscheidend für den Erfolg der „Volksfürsorge“ wird ihre Organisation sein. Die „Volksfürsorge“ soll durch ihre Organisation beweisen, daß diejenigen, die ihre Gründung beschlossen haben, die Gewerkschaften und die Genossenschaften, in freiwilliger, freudiger Mitarbeit, ohne für diese hohe Entschädigungen zu erhalten, besseres zu leisten imstande sind, als die kapitalistischen Gesellschaften mit ihrem Heer von bezahlten Agenten. Eine große Aufklärungsarbeit gilt es im deutlichen Worte zu verrichten. Die Schäden der kapitalistischen Lebensversicherung und ihre Reform durch die „Volksfürsorge“ müssen den Massen klargelegt werden.

Prospekte und Flugblätter kann die „Volksfürsorge“ vor Eröffnung ihres Geschäftsbetriebes nicht herausgeben; wohl aber können aufgetragene Gewerkschafter und Genossenschaftler schon jetzt alles tun, diejenigen, welche eine Versicherung für sich, ihre Frauen oder Kinder einzugehen beabsichtigen, auf die nicht mehr ferne Betriebserröpfung der „Volksfürsorge“ hinzuweisen. Der Kampf der Gegner der „Volksfürsorge“ erfordert energische Gegenwehr — deshalb gilt es, mit der Werbearbeit für die „Volksfürsorge“ schon jetzt mit allen Kräften zu beginnen.

## Soziales.

**Der Geburtenrückgang in Baden** ist so stark, daß man nach den amtlichen, jetzt erst vorliegenden Feststellungen für das Jahr 1911 seit hundert Jahren keine so niedrige Geburtenziffer zu verzeichnen hatte. Im Jahre 1815 wurden pro Tausend der badischen Bevölkerung 28 Kinder geboren; genau so viel ebenfalls im Jahre 1911. Ein Jahr vorher zählte die Statistik noch 30 geborene Kinder pro Tausend Einwohner. Die verschlechterten Lebensbedingungen und die steigende Leuerung machen sich mit mathematischer Sicherheit bemerkbar. Da helfen alle Beichtstuhlmahnungen, die man neuerdings in Baden anwendet, nichts.

**Konferenz im Reichsversicherungsamt.** Im Reichsversicherungsamt begann am 4. d. Mts. unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Kaufmann eine Konferenz mit Vertretern der Landesversicherungsämter, Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten. Der erste Punkt betraf nach einem Bericht der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ insbesondere die Stellungnahme der Versicherungsanstalten zu den Anträgen auf Heilverfahren der freiwillig Versicherten im allgemeinen sowie solcher Personen, die als versicherungsfreie Beamte auf Grund früherer Pflichtversicherung sich freiwillig weiterversichern. Die Mehrheit der Vertreter der Versicherungsanstalten usw. war der Ansicht, daß freiwillig Versicherte hinsichtlich der Gewährung des Heilverfahrens grundsätzlich nicht anders zu behandeln seien als die Zwangsversicherten. Man war sich ferner darüber einig, daß die Einleitung eines Heilverfahrens für die in Fragen stehenden Beamten regelmäßig von der Leistung besonderer Zuschüsse, sei es der Beamten selbst oder der sie beschäftigenden Behörde, abhängig zu machen sei. Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurde die Frage erörtert, in welchem Umfange die Landesversicherungsanstalten Fälle von Simulation oder krankhafter Rentenjust beobachtet haben. Auf Grund des Ergebnisses der Verhandlung stellte der Vorsitzende als einstimmige Ansicht der Anwesenden fest, daß Simulation, mag sie das Krankheitsbild ganz oder teilweise bestimmen, sehr selten auftritt. Das gleiche gelte von der Rentenkampfhysterie, die noch seltener beobachtet werde als auf dem Gebiete der Unfallversicherung. Wann nun auch Anzeichen von krankhafter oder nicht krankhafter Uebertreibung festgestellt worden seien, so sei dies keine Eigentümlichkeit der Arbeiterversicherung, sondern eine allgemein menschliche Erscheinung, die zum Teil auch in den Zeitverhältnissen begründet sei. Darauf wurden weitere Punkte der Tagesordnung erledigt, die u. a. die Gewährung der Altersrente von der Vollendung des 65. Lebensjahres an, die Einrichtung von Sammelkarten sowie die Vernichtung und die Erneuerung von Quittungstypen betrafen. Bei der Frage der Herabsetzung der Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr einigte man sich dahin, daß die Prüfung dieser Frage nicht für sich, sondern in Verbindung mit der vom Reichstage geforderten Prüfung über die finanziellen Wirkungen einer Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrente auf 65 Jahre vorzunehmen sei. Die Mehrkosten der Herabsetzung wurden von dem Berichterstatter auf Grund der von den

Versicherungsträgern vorgenommenen Auszahlungen auf jährlich 47 Millionen Mark für das Reich und 9 1/2 Millionen Mark für die Versicherungsträger veranschlagt. Am Sonntag Abend wurde die Frage erörtert, wann die Beiträge zu entrichten seien für Versicherte, die für mindestens ein Viertel Jahr zur Arbeit angenommen sind. Einen weiteren wichtigen Beratungsgegenstand bildete die Frage, was die Versicherungsanstalten zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten tun könnten, die, wie von verschiedenen Seiten anerkannt wurde, eine nicht minder große Gefahr für die Volksgesundheit seien wie die Tuberkulose. Das Ergebnis der Erörterungen faßte der Vorsitzende dahin zusammen, daß es erwünscht sei, wenn die Versicherungsanstalten sich noch mehr als bisher an dem Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten beteiligten. Gegen die Uebertragung der Ausstellung von Quittungstypen an die Krankenhäuser wurden technische Bedenken geltend gemacht. Bezüglich der Entwertung der Beitragsmarken einigte man sich dahin, daß als Entwertungstag allgemein für jede Beitragswoche der Sonntag, nicht der Sonnabend anzugeben sei. Mit den üblichen Schlußworten erreichte die Konferenz ihr Ende.

## Aus der Jugendbewegung.

Ein ehrlischer Gegner im Kampfe gegen die Jugendbewegung. Der Kampf gegen die proletarische Jugendbewegung wird auf bürgerlicher Seite mit aller Macht geführt, wobei die Hilfe des Staates nicht fehlt. Trotzdem, oder vielmehr gerade deshalb gedeiht und blüht die Arbeiterjugendbewegung in erfreulichem Maße, sodaß selbst ehrlische Gegner den guten Kern in dieser Bewegung anerkennen müssen. In der „Christlichen Welt“, einem in Marburg erscheinenden Wochenblatt für Evangelische, beschäftigt sich ein Mitarbeiter, anscheinend ein Pfarrer, unter dem Pseudonym Expertus mit der Arbeiterjugendbewegung. Mit anerkennenswerter Objektivität, die sich unsere Gegner zum Muster nehmen könnten, geht der Verfasser an sein Werk und kommt in wesentlichen zu einem Urteil, das wir in nachstehenden Zeilen registrieren wollen. Einleitend spricht der Verfasser aus, daß man an dem Kampfe, der zwischen bürgerlichen Jugendvereinen und den „sozialdemokratischen“ ausgekämpft werden muß, seine ehrlische Freude haben könne; denn „Liebe zur Jugend haben diesen Kampf erzeugt, und neue Freunde werde er die Jugend zuföhren“. Aber „es fehle den Kämpfenden auf beiden Seiten noch die ruhige Besonnenheit, die ein rechter Krieger auch erfordert; die nicht nur das eigene Ziel fest im Auge zu halten lehrt, sondern auch unbedingt Klarheit über den Gegner verlangt.“ Dann versucht der Verfasser, die proletarische Jugendbewegung in ihrem Wesen zu schildern. Er schreibt u. a.: „Man wird das frühe Vereinsleben zum guten Teil darauf zurückzuführen haben, daß die Jugend hier Herr in Hause sein darf, ja, mehr, daß man ihr das Recht gibt, ihr Haus weiter zu bauen... Die gegenseitige Achtung ist meistens aufgefallen: mag der eine einem gelehrten Berufe angehören mit einem Wochenlohn von 25 Mk. und der andere als Lehrling sein kümmerliches Taschengeld beziehen; mag dieser in seinen Interessen und Kenntnissen weit über jenem stehen — im Vereine kennen sie sich nur, ich will nicht sagen: als Freunde — denn so zart pflegen die Beziehungen nicht zu sein — aber als gute Kameraden. Das macht sich besonders im Nebeneinander der Geschlechter geltend. Da ist nichts so merkwürdig und bedenklicher Vertraulichkeit, aber auch nichts so ebenso bedenklicher Prüderie. Es war mir eine Freude, zu sehen, mit welcher Offenheit und Entschiedenheit man von beiden Seiten gegen fittlich anrüchige Elemente vorging: hinaus mit Euch! Vielleicht hängt es mit der Coeducation zusammen, wenn der Ton der Verhandlungen im ganzen ein anständiger ist. Gewiß, es geht oft stürmisch zu, sehr stürmisch aber wenn ein verlegendes Wort fällt, so bleibt es nicht ungeduldet. Wir freuen uns dieses Gemeingeistes, der die Arbeiterjugend befeuert, weil wir überzeugt sind, daß er nie vom bloßen „Klasseninteresse“ diktiert ist, sondern lediglich seelischen Bedürfnissen und Anlagen entspringt. Darum gelte einmal in die Versammlungen der „freien“ Jugendvereine Ihr, die Ihr sie bekämpft! Geht zunächst einmal als ruhige Beobachter hin und vergleicht sie mit Euren Jünglings- und Jungfrauenvereinen usw. Man kann das Bewußtsein der Ueberlegenheit in manchen Punkten haben und behalten, bleiben doch andere, in denen man vom Gegner lernen kann. Oder wird wirklich in allen nationalen Jugendvereinen der Rauch- und Alkoholverbot so streng eingehalten? Ist der Gedanke der Selbstverwaltung nicht stärker hervorzutreten? Das Vereinsgefühl ist die Achtung vor den anderen übergroß lebendig? — Nicht nur aus Rücksichtsgründen hebt so diese Jüge hervor, sondern vor allem aus Gründen der Gerechtigkeit. Es muß notwendig ein falsches Bild von der sozialistischen Jugend und Jugendpflege entstehen, wenn man sich solche Betrachtungen schenkt.“ — In seinen weiteren Ausführungen warnt der Verfasser vor übereiligen Beschuldigungen der Arbeiterjugendbewegung. Die Formen der Beistandigkeit seien nicht verschieden von den nationalen Jugendvereinen. Körperpflege, geistige Weiterbildung, Charaktererziehung werden hier wie dort erstrebt, Unterhaltung und gefellige Veranstaltungen geboten. Man könne auch nie jede Bildungsfrage ins Licht sozialistischer Weltanschauung tauchen — aber es sei ein nationaler und sozialer Segen: wenn junge Arbeiter und Arbeiterinnen sich mit Naturwissenschaft und Technik befassen, anstatt ihre freie Zeit in Wirtshäusern und auf den Tanzböden zuzubringen. Der Verfasser schließt: „Man muß diese Jugend lieben, mag sie sich auch zur Sozialdemokratie bekennen, und man kann ihr das Vertrauen entgegenbringen, daß sie eine Zukunft heraufföhren wird, die besser ist als die Gegenwart.“

## Aus dem Gerichtssaal.

**Militärische Schreckensjustiz.** Aus Spanien u. a. mit gemeldet: Schwer büßen muß der Grenadier Clotau ein Ausschreitung, die er im Spanischer Festungsgeschäft verübt hat. Vor einiger Zeit hatte sich S., der in diesen Tagen wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten vor dem Oberkriegsgericht des 3. Armeekorps stand, am Stuberältesten tätlich vergriffen. Bekanntlich sind die Einberäufsten auf den Mannschaftszimmern Vorgesetzte der Leute und die letzteren haben unbedingt ihren Befehlen nachzukommen. Der Angeklagte führte nun eines Abends einen Befehl des Stubenältesten nicht aus und kam deswegen in ihm in Streit. In dessen Verlauf ergriff er ein Gewehr und schlug damit nach dem Stubenältesten. Dieser wich der Schläge jedoch aus. Darauf ergriff S. eine Kleiderbürste und warf diese dem Vorgesetzten so heftig ins Gesicht, daß eine blutige Verletzung entstand. Das Kriegsgericht verurteilte ihn wegen dieses Exzesses zu zwei Jahren und sieben Monaten Gefängnis. S. verbüßt die Strafe gegenwärtig im Festungsgeschäft in Espada. Einem Nachts wurden die wachhabenden Unteroffiziere und Feldwebel sowie die anderen Arrestanten durch eine großen Lärm aufgeschreckt. S. hat in seiner Zelle eine förmlichen Tobsuchtsanfall bekommen. Man sah zunächst durch das Guckloch der Tür und beobachtete nur, daß der Angeklagte wild in seiner Zelle herumtobte. Als dann der Bizefeldwebel Grother die Tür aufschloß und die Zelle betrat, schleuderte ihm der Beschuldigte einen Spinnentgegen. Er traf aber den Vorgesetzten

